Studentenzeitung der MHL

Mai 80, Nr. 24

DER SPRINGENDE PUNKT





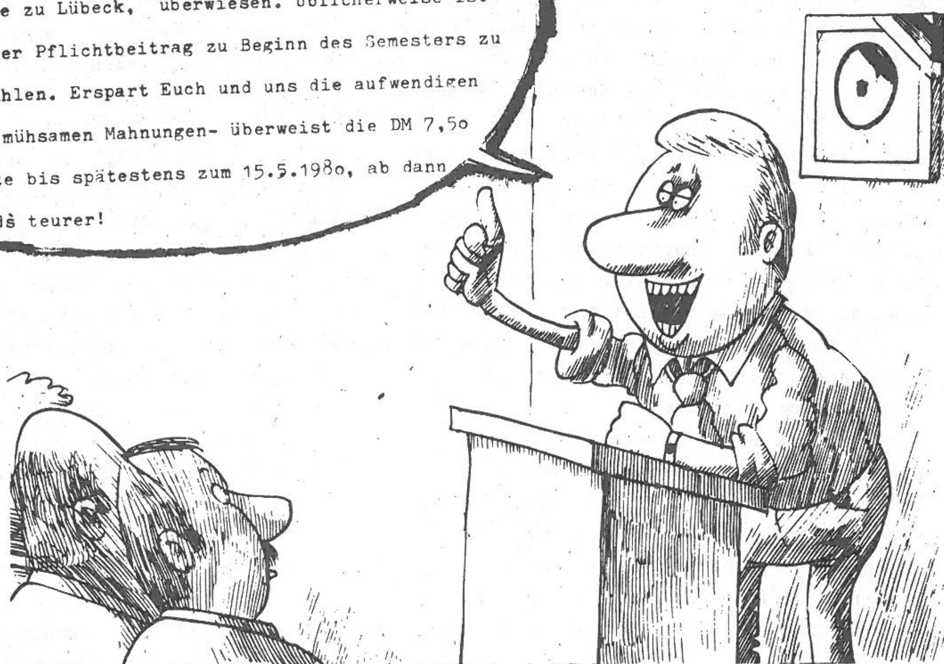
Inhaltsverzeichnis

Impressum:

V.i.S.d.P.: AStA der MHL, Ratzeburger Allee 160

Auflage: 500

Klageecke des Finanzreferenten



!

Lübecker Orthopäde vor Gericht!

1

Am 21.Februar 1980 begann um 11.00 Uhr ein Prozess vor dem Lübecker Amtsgericht gegen den Direktor der Orthopädischen Klinik der Medizinischen Hochschule Lübeck, Herrn Prof. Henßge und einem seiner Assistenten, Herrn Prof. Fujimaki, einem Japaner. Ankläger war die Staatsanwaltschaft, Nebenkläger eine ehemalige Patientin der Lübecker Orthopädie. Die beiden Ärzte waren durch etablierte Hamburger Rechtsanwälte vertreten, Prof. Henßge war ebenfalls persönlich anwesend. Die Patientin hatte sich den Rechtsanwalt Hauke genommen, der schon in anderen Auseinandersetzungen Erfahrungen mit Prof. Henßge sammeln konnte.

Von der Presse war je ein Vertreter der Lübecker Nachrichten und von dpa anwesend. Unter den zahlreichen Zuschauern befanden sich Ärzte der Orthopädie, ehemalige Patienten der Orthopädie, Schwestern der Station Studenten und andere Interessierte.

Was war nun eigentlich der Anlaß für dieses "Treffen"?

Aufgegriffen war die Sache schon im März 1979 von Prof. Hackethal in einer Ausgabe der Illustrierten "Quick":

Danach soll sich die damals 73 jährige Patientin am 15.August1977 in stationäre Behandlung der Orthopädie gegeben haben. Die insgesamt gesunde Frau litt seit ca. fünf Jahren an immer stärker werdenen Schmerzen der linken Hüfte. Man riet ihr, das Gelenk durch eine Endoprothese ersetzen zu lassen. Von internistischer Seite stand dieser Operation nichts entgegen.

Angeblich sei die Patientin vor der OP von keinem Klinikarzt mehr angesehen worden. Sie sei auch nicht über die Risiken der Operation aufgeklärt worden.

3.

In der Verhandlung wurde zunächst Prof. Henßge selbst gehört. Dieser hatte in einer Aktentasche eine Reihe von Utensilien (Modell eines Hüftgelenkes, Hohmannhebel und andere Instrumente) mitgebracht, mit deren Hilfe er seinen Vortrag zu untermalen versuchte. Prof. Henßge versuchte dem Gericht klar zu machen, daß es nicht bewiesen sei, daß die venöse Stase des linken Beines im kausalen Zusammenhang mit der Verletzung der Vena femoralis stände. Auf einige Fragen des Gerichts wich er eher aus, gerade wenn es um zeitliche Abläufe des damaligen Geschehens ging. Vernommen wurden dann einige Zeugen, der Anästhesist, die Assistenten der OP, die OP-Schwester und andere. Bei dieser Vernehmung traten derartig viele Widersprüche auf, daß jedem Anwesenden im Saale unwohl werden mußte. Indirekt schob man sich gegenseitig die Schuld der Reihe nach zu. Einmal schien Prof. Fujimaki der Buhmann zu sein, im nächsten Augenblick einer der Assistenten und auch Prof. Henßge konnte sich aus dem Geschehen nicht heraushalten, zumal er als Klinikdirektor so und so für die getroffenen Entscheidungen verantwortlich war. Prof. Henßge behauptete zunächst, er hatte, nachdem man ihn gerufen hatte, zur Darstellung des verletzten Gefäßes gar kein Instrument in der Hand. Demgegenüber standen aber Aussagen anderer an der Operation Beteiligter.

Ein Assistent behauptete, er habe gesehen, wie Prof. Fujimaki deutlich mit dem Hohmannhebel abgerutscht sei. Daraufhin versuchte der Verteidiger von dem Japaner seinen Mandanten "sauber zu halten", indem er den Assistenten zu einem geradezu

grotesk wirkenden Versuch überredete. Mit Hilfe eines Hohmannhebels und einer Papierserviette sollte der Assistent den von ihm beobachteten Abrutscher nachahmen. Sinn und Zweck dieses Unternenmens, der Assistent sollte sich dabei so lächerlich machen, daß ihm keiner mehr Glauben schenken würde. Den Japaner konnte niemand fragen, er weilte schon wieder in seiner Heimat. Von dort aus hatte er seinem Verteidiger alle Vollmachten erteilt. In Briefen auf Japanisch. Die Anklage behauptete sogar, daß Prof. Fujimaki nahezu kein Wort Deutsch sprechen konnte.

Nach über sechs Stunden Verhandlung war immer noch keine Ordnung in dem Geschehen zu erkennen. Trotz OP-Bericht und Anästhesieprotokoll konnte eine 3/4-Stunde der OP nicht rekonstruiert werden. Alle Beteiligten lenkten ab oder hüllten sich in Schweigen. Das Abschlußplädoyer beider Seiten war dann zwar jedes auf seine Art nochmals anhörenswert, aber da selbst der anklagende Staatsanwalt schon für einen Freispruch aller plädierte, war das Urteil quasi schon vorausgenommen.

Und so kam es dann auch:

Das Gericht räumte zwar ein, daß hier eindeutig ein "Kunstfehler" passiert sei, durch die Verhandlung aber nicht nachzuweisen sei, wem dieser Fehler unterlaufen sei. Dadurch hat die Patientin zwar Anspruch auf eine Entschädigung, diese wird aber vom Land, sprich vom Steuerzahler getragen.

Alle Beteiligten wurden freigesprochen. Zurück blieb wohl ein flaues Gefühl in der Magengegend auf allen Seiten.

Wie heißt es so schön im Volksmund:

Keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus!

2.

Als Operateur wirkte Prof. Fujimaki, der erst sehr kurz in Deutschland verweilte und gerade dabei war, sich auf der Station einzuarbeiten. Und während der Operation passierte es dann:

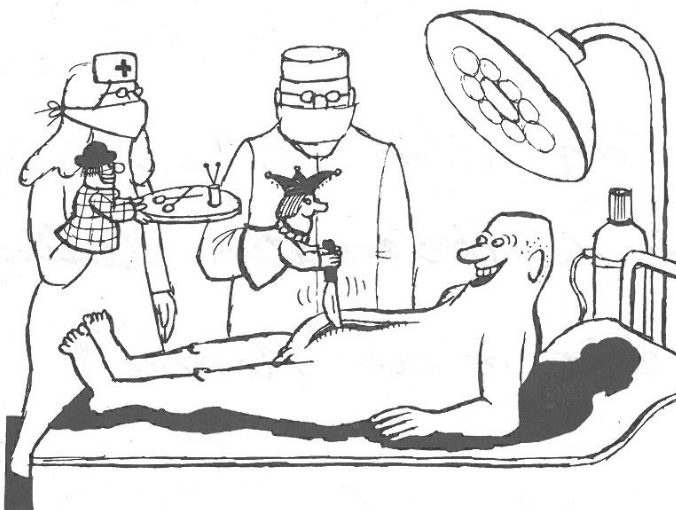
Beim Ansetzen eines "Hohmann-Hebels" rutschte einer der Beteiligten aus, und das Instrument verletzte die Vena femoralis der Patientin. Nachdem Prof. Fujimaki mit der dadurch entstandenen Blutung nicht fertig wurde, rief er Prof. Henßge in den OP. Dieser hat dann wahrscheinlich,nach dem Artikel von Prof. Hackethal,bei der Darstellung der Vene diese nochmals deart verletzt, daß der konsiliarisch herangezogene Gefäßchirurg eine Anastomose nicht mehr durchführen konnte. Es blieb nur noch eine Ligatur übrig.

Die Patientin fand sich dann nach weit über zweistündiger OP in ihrem Zimmer wieder,und die Ärzte, selbst der Professor, ließen sich nun plötzlich auffallend oft bei ihr sehen. Nach ein paar Tagen hatte sich dann eine weitgehende Stase im linken Bein entwickelt, der venöse Abfluß des Blutes war nicht gewährleistet. Prof. Henßge eröffnete der Patientin, daß ihr Bein amputiert werden müsse. Als Erklärung wurde sie auf ihren angeblich so schlechten Gefäßzustand hingewiesen.

Von nunan war die Patientin an den Rollstuhl gefesselt, denn trotz Prothese konnte sie wegen unsagbarer Schmerzen nicht laufen, denn ihr fehlte ja das Hüftgelenk, das bei der abgebrochenen OP noch nicht durch einen künstlichen Ersatz ausgewechselt worden war.

Nun versuchte die arme Frau wenigstens durch das Gericht einen angemessenen finanziellen Ausgleich für den an ihr entstandenen Schaden zu erlangen.

Als einen Gegensatz zur Akupunktur präsentierte Dr. Ascher aus Zürich seine Methode der schmerzlosen Operation den Teilnehmern eines internationalen Symposions.



Deutschland - Deine Ärzte!

Deutschland - deine Ärzte!

Beim erstmaligen Lesen des obenstehenden "Welt"-Artikels war mir nicht ganz klar, ob es sich um einen verspäteten Aprilscherz der Deutschen Ärztekammer handelt oder nicht; einfach unfaßbar, daß mit der Selbstbeteiligung das Rad der mühsam erreichten sozialen Sicherung um Jahrzehnte zurückgedreht werden soll.
Oder ist es etwa als Fortschritt anzusehen, wenn dem "Volk", das sowieso schon hohe Krankenkassenbeiträge leistet, jetzt auch noch zusätzlich und ganz privat aus Gründen der "Erhaltung des ärztlichen Besitzstandes" geschröpft werden soll?
Ist es denn tatsächlich ein Schritt nach vorn, wenn Zustände wie im weitgehend privaten amerikanischen Gesundheitswesen entstehen, wo weite Teile der Bevölkerung medizinisch unterversorgt sind, weil sie kein Geld für die Privatversicherung aufbringen und sich daher eine Krankheit als Katastrophe, als Ruin auswirkt?
Die Argumentation des Vorstandes der Deutschen Ärztekammer erscheint höchst fragwürdig; allein sinkende Patientenzahlen beweisen doch überhaupt nichts, denn

1. die Ärzteeinkommen stiegen auch in den vergangenen Jahren überproportional, obwohl sich die Mediziner-Zahl fast verdoppelte und sich die Patientenzahl pro Arzt rein rechnerisch verringerte
2. heute werden mehr Dauerbehandlungen der chronisch Kranken erforderlich, d.h. das Krankheitsspektrum hat sich gewandelt
3. man bemüht sich heute mehr um Prophylaxe und betreibt Vorsorgeuntersuchungen in stärkerem Maße.

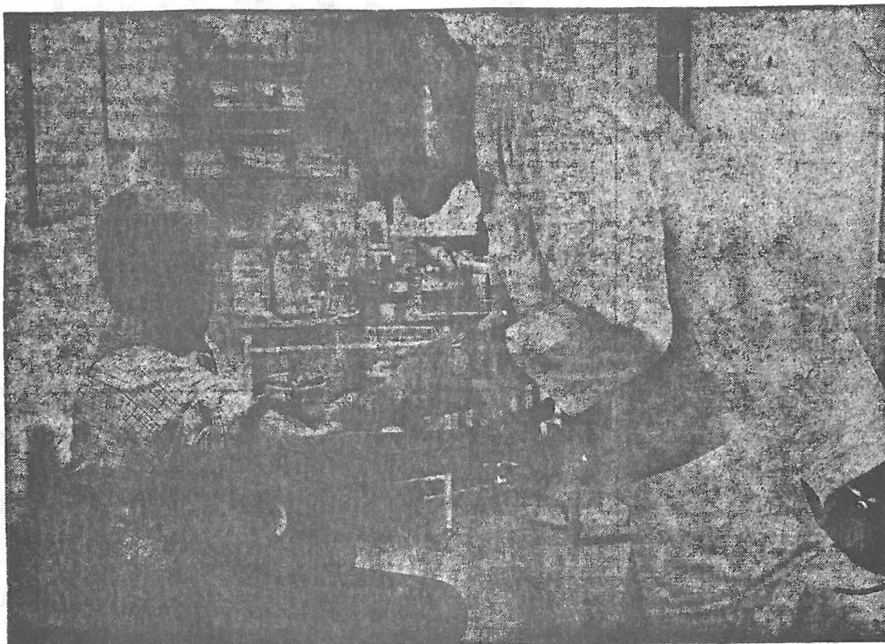
Heimliche Gewohnheiten
(Onanie) u. der. Folgen, Pollut, Weißfluß, sämmtl. Haut- u. Geschlechtskh. heilt u. Gar. **Dr. Mentzel,** nicht approb. Arzt, Hamburg, Kielerstraße 26, auswärts brieflich. [9560

Von den weiteren Begründungen für eine Selbstbeteiligung ist eine lächerlicher als die andere (angeblich stärkere Mitwirkung des Patienten am Heilungsprozeß; "bessere" Arzt-Patient-Beziehung).
Mit dem "Blauen Papier" erweckt der Ärztetag den peinlichen Eindruck, er sorge sich weniger um das gesundheitliche Wohl der Bevölkerung als um kleinkarierte und kurzsichtige Beutelschneiderei um jeden Preis. Die finanzielle Situation im Gesundheitswesen hat sich in den letzten Jahren schon genug zugespitzt: die Belastung der Krankenkassen läßt kaum noch eine Steigerung zu, deshalb kommt es nicht von ungefähr, daß jetzt erwogen wird, die am schwächsten organisierte Gruppe - nämlich die Patienten - nach allen Regeln der "ärztlichen Kunst" auszunehmen.



Am Montag, dem 12. Mai 1980 trifft sich die Alternative-Medizin-AG um 19³⁰ Uhr in der Mensa!

Die WELT Mo, 21, 4, 80



Die Ärzte haben Angst, daß sie in der Praxis immer weniger Patienten zu behandeln haben und damit Sorge um ihr Einkommen haben müssen: Statt 705 (im Jahre 1960) müssen sich heute 520 Bürger statistisch einen Arzt teilen.
FOTO: WOLFGANG STECHE

Im „Blauen Papier" der Ärzte steckt Sprengstoff. Er heißt „Selbstbeteiligung"

PETER JENTSCH, Bonn

Für das Auskommen mit ihrem Einkommen sehen Deutschlands Ärzte schwarz. Und so schielen sie auf die Schweiz. Dort hängt in jeder Praxis ein Schild, mit etwa folgender Aufschrift: „Die Behandlung erfolgt auf Krankenschein, kostet aber 20 Franken extra." Oder 40 Franken, oder 100 Franken. Bei den Schweizer Kollegen also klingelt's unmittelbar in der Kasse, wenn's an der Tür läutet. Warum nicht auch bei uns, fragt sich die Bundesärztekammer.

Immer weniger Patienten

Immer mehr Mediziner drängen in die Praxis, jeder einzelne niedergelassene Arzt hat immer weniger Patienten zu versorgen. Heute kommen etwa 520 Einwohner auf einen Arzt, 1960 verdiente er noch an 703 Bürgern, 1990, so Hochrechnungen, muß er sich mit 462 potentiellen Patienten auf Krankenscheinen begnügen. Erschwerend kommt hinzu: Unter dem Kostendruck im Medizinbetrieb haben die Krankenkassen mit kräftiger Unterstützung des Bundesarbeitsministers eine Formel gefunden, die auch langfristig ihre Kosten in Grenzen zu halten vermag — und damit auch Arzthonorare und Versichertenbeiträge: Die „einnahmeorientierte Ausgabenpolitik", die schließlich auch jede Hausfrau beachten muß.

In dieser Situation erinnerte sich der Vorstand der Bundesärztekammer an die Schweizer Kollegen und an die späten fünfziger Jahre. Damals hatte Bundesarbeitsminister Theo Blank (CDU) im Zuge seiner Sozialreform versucht, die Selbstbeteiligung der Patienten an den Krankheitskosten einzuführen. Blank war gescheitert — am Widerstand der Ärzte. Er trat zurück.

Eben diesen alten Blank-Plan will die Bundesärztekammer jetzt den Delegierten des 83. Deutschen Ärztetages (13. bis 17. Mai in Berlin) präsentieren. Der WELT liegt das sogenannte „Blaue Papier" vor, das die „gesundheits- und sozialpolitischen Vorstellungen der deutschen Ärzteschaft" enthält, und das den Delegierten des Ärztetages wegen der Brisanz erst in dieser Woche, knapp vierzehn Tage vor dem Ärztetag, zugestellt werden soll.

Versteckt auf Seite 11 des „Blauen Papiers" läßt da die Bundesärztekammer die Katze aus dem Sack: „Ohne das Bewußtsein eigener Verantwortung, auch für den Umfang der in Anspruch genommenen Leistungen, können solidere und soziale Leistungen auf Dauer nicht finanziert werden." Und damit natürlich auch nicht die Arzthonorare.

Und weiter heißt es: „Das gegenwärtige System der gesetzlichen Krankenversicherung ist durch das ‚Alles-oder-nichts-Prinzip' gekennzeichnet. Der Versicherte erhält entweder alle Versicherungsleistungen auf Krankenschein ... oder er ist auf eine private Versicherung seines Krankheitsrisikos angewiesen ... Derartige Versorgungssysteme eignen sich nicht, die Eigenverantwortung des Bürgers für seine eigene Gesundheit zu stärken und zu erhalten ... Für ihre Erhaltung und Wiederherstellung ist jeder zuerst selbst zuständig."

Konsequenterweise fordert die Bundesärztekammer (vorsichtig) also den Einstieg in die Selbstbeteiligung: „Selbstbeteiligungsmodelle sollten zunächst auf gesetzlicher Grundlage als Wahltarife mit entsprechend ermäßigtem Beitragssatz angeboten werden."

Appell an die Verantwortung

Vorsicht ist dabei in der Tat das Gebot; denn, so das „Blaue Papier" (Seite 13): „Die Einführung einer Selbstbeteiligung würde zwar, wie die Erfahrungen aus anderen Ländern mit Selbstbeteiligungssystemen zeigen, keine Garantie für eine Verringerung der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen geben, sie würden aber deren Aufgaben und Ziele durch die Mobilisierung individueller Verantwortung ergänzen."

Die „Verantwortung" also sollen die Patienten bezahlen? Mitnichten: Die Bundesärztekammer findet bessere Begründungen für das Mittel, das ärztlichen Besitzstand auch in Zukunft garantieren soll, etwa folgende:

- „Mit der Einführung der Selbstbeteiligung wird die notwendige Beziehung der persönlichen Inanspruchnahme aus eigener Entscheidung und erbrachter Leistungen wiederhergestellt."
- „Die Ablehnung des erforderlichen Kostenumfangs im Krankheitsfall kann unter Mitwirkung der Versicherten erfolgen."
- „Eine direkte Beteiligung an den Kosten einer Heilbehandlung ist, wenn sie im Rahmen des sozial Zumutbaren bleibt, auch geeignet, die stärkere Mitwirkung des Patienten am Heilungsprozeß anzuregen."
- „Die Notwendigkeit, selbst Konsumverzicht im Krankheitsfall für sich und für erwachsene Mitversicherte leisten zu müssen, ist geeignet, gesundheitsschädigendem Verhalten entgegenzuwirken."

Letzte Zweifler beruhigt

Und um auch den letzten Zweifler unter den Delegierten des Ärztetages von der guten Sache zu überzeugen, argumentiert die Bundesärztekammer gesellschaftspolitisch: „Durch die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland muß ... die Vielgestaltigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen von innen her gesichert und die Verantwortung des einzelnen Bürgers für sich selbst und die Gemeinschaft gestärkt werden."

Weil dies nicht ausreichend erscheint, wollen die Ärzte sich weitere Pfründe sichern: Die Privatpatienten, und hier besonders die älteren Leute. Dazu heißt es im „blauen Papier": „Die privaten Krankenversicherungen müssen in die Lage versetzt werden, ihren langjährigen Versicherten auch im Alter unter den Bedingungen reduzierter Einkünfte einen ausreichenden Versicherungsschutz zu bieten." Dazu sollen die privaten Versicherungen „erhöhte Altersrückstellungen" vornehmen und sie für die „altersbedingt steigenden Risiken" einsetzen.

ÄRZTEKONGRESS UEBER RADIOAKTIVE NIEDRIG-STRAHLUNG

Eine Hamburger Leserin berichtet (der Zeitschrift "Forum")

Hamburg ist rings umgeben von 4 im Bau befindlichen bzw. schon betrie-
benen Atomkraftwerken (Stade, Brunsbüttel, Krümmel, Brokdorf). Für de-
ren Stillegung lief diesen Sommer eine Anzeigenaktion, an der sich
überraschend 425 Hamburger Ärzte beteiligten! Die Initiatoren haben
nun am 3.11. zu einer Fortbildungsveranstaltung mit international be-
kannten Referenten zum Thema radioaktive Niedrigstrahlung eingeladen,
über die ich Euch berichten will.

Anlaß war die Empfehlung der Internationalen Strahlenschutzkommission
(ICRP), die zulässigen Emissionswerte von Kernkraftwerken - bezogen
auf die Organbelastung - drastisch zu erhöhen. Unter Konstanthaltung
eines Gesamtwertes von 5 rem jährlich für Atomarbeiter (o,17 rem gel-
ten für die übrige Bevölkerung) sollen die Dosisgrenzwerte für einzel-
ne Organe um das 3 - 8 fache angehoben werden, und zwar für

- Gonaden	von 5 auf 2o rem
- Brüste	von 15 auf 32 rem
- Blutbildendes Knochenmark	von 5 auf 42 rem
- Lunge	von 15 auf 42 rem
- Schilddrüse und Skelett	von 3o auf 167 rem.

(rem ist die biologisch wirksame Dosis pro kg bestrahltes Gewebe)

Heute noch wird wider Wissen in der Öffentlichkeit der Eindruck er-
weckt, als gebe es einen Schwellenwert, unterhalb dessen radioakti-
ve Strahlung unschädlich sei. Dabei geht sogar der ehemalige ICRP-
Präsident Dr. Morgan von einem zusätzlichen Krebstoten pro 1ooo mit
1 rem bestrahlten Personen aus. Viele Studien haben inzwischen ein-
wandfrei bewiesen, daß eine Proportionalität zwischen Dosis und Scha-
den besteht, und daß die Wirkung von Niedrigstrahlung kumuliert. In-
folgedessen weichen die Experten vom ICRP auf Rechtfertigungsversuche
aus: Zwar gebe es für beruflich strahlenexponierte Personen ein höhe-
res Krebsrisiko, aber andere Industriezweige seien auch riskant,
schließlich werde eine Rate von 5o Toten pro Million und Jahr ja offen-
bar "von der Gesellschaft toleriert" und sei daher zumutbar. Im Gegen-
teil, die Atomindustrie stehe sogar besser da als Branchen, wo viele
tödliche Unfälle passieren; Wegen der langen Latenzzeit der strahlen-
induzierten Tumoren sei ja die Zahl der <u>verlorenen Lebensjahre</u> sogar
<u>geringer!</u>
Soweit nur als Einstieg ...

Zum Kongreß waren über 4oo Ärzte, Medizinstudenten und interessierte
Laien gekommen, um medizinische Argumente gegen radioaktive Niedrig-
strahlung zu "tanken". Wir wollten nicht nur mit "Harrisburg" argu-
mentieren, sondern auch die Gefährlichkeit eines AKW im Normalbetrieb
beweisen können.
Hierzu gab es Vorträge von den Bremer Professoren Bätjer und Frau
Schmitz-Feuerhake, Dr. Alice Stewart und Dr. Kneale aus England,
Dr. Rosalie Bertell aus den USA sowie 2 süddeutschen Wissenschaft-
lern. Einiges davon will ich Euch jetzt wiedergeben. Für den Neuling
in diesen Fragen - mich eingeschlossen - waren v.a. die physikali-
schen Diagramme und Tabellen recht schwer verständlich. Dafür gab es
umfangreiches schriftliches Material zum Nachlesen mit nach Hause.

<u>Frau Schmitz-Feuerhake</u> nannte zunächst einige Daten:

Natürliche Strahlung:	o,1 rem/Jahr
Röntgendiagnostik:	o,o1 - 1o rem/Röntgenaufnahme
Innerhalb von Tagen zum Tode führende Ganzkörperdosis:	5oo rem.

Alles unter 5o rem gelte als "Niedrigdosisbereich". Das Problem bei
dessen Erforschung sei 1. die lange Latenzzeit der Schäden, 2. daß
keine neuen Krebsarten entstehen, so daß sich die künstlichen Schäden
von den sowieso vorkommenden Krebsarten schwer abgrenzen lassen. Des-
halb müßten in die Untersuchung die Auswirkungen größerer Strahlungs-
dosen einbezogen werden. Gut untersucht sei die Dosis-Wirkungskurve
bei Brust-, Lungen-, Schilddrüsen und Parotis-Karzinom sowie bei Leu-
kämie. Letztere sei wegen ihrer kurzen Latenzzeit am besten erforscht.

- 4 große Studien untersuchten das Leukämierisiko bei diagnostischen
Röntgenbestrahlungen, zuletzt 1978 eine russische: Sie ergibt, daß
bei Bestrahlung des Oberkörpers das Risiko für chronische myeloische
Leukämie für Männer bei elf und mehr Untersuchungen 2,2 mal so groß
ist wie bei weniger als elf Untersuchungen.
- Leukämie trat vermehrt auf bei über 2ooo Soldaten, die Atombomben-
Tests in der Nevada-Wüste zu beobachten hatten, sowie bei der von den
Tests betroffenen Bevölkerung in Utah.
- Eindeutig erhöht war auch die Leukämierate bei Werftarbeitern, die
Atom-U-Boote reparierten.

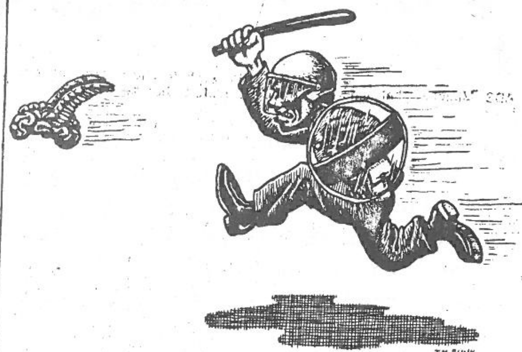




Frau Stewart und Mitarbeiter hatten schon 1956 eine Untersuchung über Krebs im Kindesalter nach diagnostischer Röntgenbestrahlung im Mutterleib veröffentlicht. In Hamburg berichtete sie über die bisherige verfälschende Interpretation der Atombombenschäden in Hiroshima und Nagasaki:

- Die US-Statistik berücksichtige nur die Todesopfer ab 195o, dabei starben nach den 67 ooo Opfern des ersten Tages weitere 77 ooo noch vor 195o in Nagasaki. Ausgewertet wurden nur die 7o 5oo zwischen 1951 und 74 gestorbenen. So werden die Leukämieopfer viel zu niedrig angesetzt, weil die meisten mit akuter Leukämie schon in den ersten 5 Jahren verstorben waren. Hinzu kommt, daß diejenigen, die überlebten, ohnehin einer Bevölkerungsgruppe mit überdurchschnittlichen Abwehrkräften zugehörten.
- Außerdem wurde von den USA nur die Strahlung von außen untersucht, nicht die über eingeatmeten Staub inkorporierte. Dabei wirken sich gerade die strahlenden Partikel im Körper verheerend aus.
- Genetische Schäden wurden schlichtweg geleugnet. Und zwar weil 1. nur Hasenscharten u.ä., nicht aber die Induktion z.B. von Stoffwechselstörungen wie Diabetes erforscht werden, 2. rezessive Erbschäden angeblich zu vernachlässigen seien!

Frau Stewarts Mitarbeiter Dr. Kneale berichtete von ihrer sog. HANFORD-Studie von 1977:
Sie hatten bei fast 35 ooo Beschäftigten der amerikanischen Atomwaffenfabrik Hanford zwischen 1944 und 1972 die Todesursachen untersucht. Die an Krebs verstorbenen teilten sie in 2 Gruppen ein: nach den Krebsarten, die offiziell als durch Strahlen induzierbar anerkannt waren und den übrigen Krebsfällen. In der ersten Gruppe ergab sich eine eindeutige Proportionalität zwischen der individuellen Strahlendosis und den Krebserkrankungen.- Die Durchschnittsdosis für alle Hanford-Arbeiter von 1 rad/Jahr ergab für alle Krebsarten einen Risikoanstieg von 26%!
(rad ist Maßeinheit für die von der Strahlung pro kg Gewebe abgegebene Energie)



Frau Dr. Bertell berichtete über eine Studie, in der 13 Millionen Menschen in 3 amerikanischen Bundesstaaten erfaßt und eine Abhängigkeit der Leukämierate von der Häufigkeit diagnostischer Röntgenuntersuchungen in den Jahren vor Auftreten der Erkrankung gefunden wird. Dabei fand sie, daß die Strahlung die Gefahr auch anderer Erkrankungen erhöht, und zwar durch eine Beschleunigung des Alterungsprozesses. (Man geht dabei von einer Alterung um 1 Jahr pro 1 rad aus, was ungefähr einer großen Unterleibs- oder Rückgratdurchleuchtung entspricht.)

Frau Bertell beantwortete außerdem viele Fragen der Anwesenden zu Harrisburg, wo sie einer beratenden Bürgergruppe angehörte.

Zuletzt sprachen noch Dr. Franke und Dr. Krüger, die sich v.a. mit der radioaktiven Anreicherung in der Nahrungskette bzw. konkret mit deutschen Atomkraftwerken beschäftigt hatten.

Sehr wichtig fand ich die abschließende Arbeitsgruppe (eine unter mehreren) zur Frage der <u>Therapierbarkeit von Strahlenschäden.</u>

Hier kann ich nur einige haarsträubende Einzelheiten aufschreiben, empfehle jedoch die Lektüre des medizinischen Katastrophenplans der Karlsruher Kernforschungsanlage! Hier stellt man sich einen Super-Gau so vor:
Erste Hilfe-Stationen 1o km vom Unfallort sollen in 24 Stunden 1ooo verseuchte Patienten durchschleusen, d.h. in insgesamt pro Person 15 Minuten
- die Kontamination messen
- kontaminierte Kleidung ausziehen
- gründlich 3 Minuten (!) duschen
- erneut messen
- frisch einkleiden
- nach Verseuchungsgrad einteilen und weiterleiten.

Hinzu kommt noch gegebenenfalls chirurgische Erstversorgung bzw. Schocktherapie, Verabreichung von Jodtabletten oder Bariumsulfat (zur Bindung des radioaktiven Strontium), Laxantien, Rachen- oder Magenspülung. Und das ganze mit einem Personalbestand von 2 Ärzten und 3o Hilfskräften! Abgesehen davon, daß selbst eine solche lächerliche "Erstversorgung" völlig unrealistisch für alle Betroffenen wäre, erfuhren wir, daß eine medikamentöse "Dekorporation" von bereits in den Körper aufgenommenem Jod nur innerhalb kürzester Zeit wirkungsvoll möglich ist (da bereits in Schilddrüsenhormon eingebautes radioaktives Jod nicht mehr verdrängt werden kann). Chelatbildner zur Bindung von Strontium im Blut hätte sogar nur bei Zufuhr vor (!) der Verseuchung einen Sinn! Und eine Bindung von noch im Darmtrakt befindlichem Strontium mithilfe von Bariumsulfat geht nur innerhalb einer Stunde, da sonst das radioaktive Material bereits resorbiert ist.

In dieser Diskussion wurde uns klar,
daß wir im Falle eines Unfalls als Ärzte völlig machtlos wären. Das einzige, was hier medizinisch hilft, ist die Vorbeugung, und deshalb müssen wir auch als Ärzte die Stillegung der Atomkraftwerke fordern. Ein Zweckoptimismus, wie im Deutschen Ärzteblatt 14/79 und in SELECTA 21/79 bezüglich der angeblich möglichen ärztlichen Hilfe beim Super-Gau zur Schau gestellt, zeugt von bodenloser Verantwortungslosigkeit!
Wenn Ihr Unterlagen haben wollt, oder zur medizinischen Aufklärung der Öffentlichkeit beitragen wollt, könnt Ihr Euch an die "Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie" wenden, c/o Eberhard Weber, Waterloostr. 42, 2 Hamburg 5o, Tel. o4o/439 o5 o6



Betrifft: Gyn-Praktikum / Internat

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß im Gyn-Praktikum nicht alles so optimal läuft, wie wir es uns vorstellen. Jeder bespricht seine anfallenden Probleme mit den einzelnen Assistenten, aber es ist wohl kaum möglich, dadurch eine tatsächliche Verbesserung zu erreichen.
Wir möchten uns deshalb mit Euch zusammensetzen und darüber reden, welche Erfahrungen Ihr gemacht habt, was Euch mißfallen hat. Uns geht es im prinzip um folgende wichtige Punkte:

1) Die Ausbildungssituation an sich: es findet sich keiner, der uns praktisches Wissen vermittelt, wir laufen nebenbei mit. Keiner ist auf den Stationen oder im OP auf unsere Ausbildung vorbereitet.
2) Ist es wirklich notwendig, JEDE Nacht in der Klinik zu bleiben?
3) Was habt Ihr für Eindrücke über die Patientinnenbetreuung gesammelt? Wir wären nicht gern Patientin dort gewesen.

Wir halten einen Erfahrungsaustausch für unbedingt notwendig, um gemeinsame Vorstellungen zur Verbesserung ders Praktikums auszuarbeiten.
Wir bitten Euch deshalb zu einem Treffen am 19.5.80 um 18^00 h in die kleine Mensa.
Eine gute Ausbildung muß auch in Euerm Interesse liegen, deshalb kommt alle!!!!!!!

19.5.80, 18^00

WICHTIG! WICHTIG!

Die psychotherapeutische Beratungsstelle für Studenten ist ein Angebot der Klinik für Psychiatrie, das sich an alle Studierenden in Lübeck richtet. Eine Studienfachberatung findet nicht statt. Das wird im Moment noch Sache der einzelnen Fachhochschulen und Hochschulen selbst sein.
Vielmehr bezieht sich das Beratungs- und Therapieangebot auf Krisen während des Studiums, die der Betroffene z.B. als massive Arbeits- oderBeziehungsstörung erleidet.

In vielen Fällen werden die Ratsuchenden nach einigen Kontakten ihre Schwierigkeiten aus eigener Kraft meistern können. Wenn jedoch deutlich wird, daß eine längerdauernde Psychotherapie nötig ist, steht den Studenten die Teilnahme an einer Gruppenpsychotherapie offen. Langandauernde Einzeltherapien gehören nur in Ausnahmefällen zum Angebot der Beratungsstelle.

P. Bruhn
Diplom-Psychologe

Die Anschrift der Beratungsstelle lautet:
Psychotherapeutische Beratungsstelle
für Studenten
Klinik für Psychiatrie
der Medizinischen Hochschule Lübeck
Ratzeburger Allee 160
Haus 25d, Zimmer 26
Tel.: 500(1),Durchwahl App. 2337 od. 29 16
Sprechstunde dienstags von 15.00 -17.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Kaktus und Korsetthaken füllten den Teekessel

Um unserem "einfallsreichen Alexander" zu einem noch größeren Bekanntheitsgrad zu verhelfen, drucken wir nachfolgend einen Presseartikel aus der LN vom So. 27.4. ab. Wir meinen, daß dieser "muntere Mediziner" sich um das Ansehen des Standes verdient gemacht hat ...

Mit einem Teekessel in der Hand wanderte der Medizinstudent Alexander Maassen durch 36 Lübecker Geschäfte und bat um eine Gabe, um den blanken Topf füllen zu können: „Ich hätte von Ihnen gern einen Artikel, der sich gar nicht verkaufen läßt oder besonders scheußlich ist".

Der Rheinländer Maassen — befangen in dem Vorurteil, daß Norddeutsche stur und bar jeden Humors seien — wurde angenehm überrascht: „Die Verkäufer waren zuerst erstaunt, lachten dann herzlich, riefen ihre Kollegen und kramten alles Mögliche zusammen".

Zum Hintergrund der Teekessel-Aktion: Der Student wollte seinem Freund Joachim Quetz, der in Kiel Medizin studiert, zum Geburtstag etwas Nützliches schenken: „Der Junge hat nur einen riesigen 40-Liter-Zuber, in dem er sich sein Kaffeewasser kochen muß. Nur den Kessel zu schenken, fand ich einfallslos. — dann hatte ich die Idee mit der Tand-Füllung".

In jedem Geschäft, in jedem Kaufhaus erzählte Maassen von seinem originellen Vorhaben und hatte Erfolg — auch mit der Bitte, nur etwas zu schenken, das durch die Tülle des Kessels paßt. So suchten heitere Verkäuferinnen in einer Kosmetikabteilung einen lila Lippenstift („echter Ladenhüter") heraus, Kosmetikpinsel und Probetuben.

Fündig wurde der 25jährige Student überall. Der blecherne Bauch des Geschenkes füllte sich mit kuriosem Sammelsurium: Sicherheitsnadeln, Schrauben, Blumenzwiebeln, Schreibmaschinetypen, Trompetenteilen, Schneiderkreide, Wollknäuel, Brillenglas, Zigarren, einer alten Armbanduhr, einem Fünf-Kronen-Stück, Teilen von Oboe und Klarinette, Geigensteg, Pfeifenstopfer, Püppchen, Knopfbatterien, Trillerpfeife, Mini-Elefant, Porzellanhund und vielem anderem mehr (insgesamt 136 Teile).

Auf einige Beutestücke ist der muntere Mediziner besonders stolz: Ein Paar monströse Manschettenknöpfe mit Perlmutteinlage, ein Fläschchen Vital-Brennesseltonikum „für den Mann" (aus dem Reformhaus), zwölf Korsetthaken und einen roten Kaktuskopf. Die gewichtige Geburtstagsgabe wird statt mit einer Tülle mit einer Filmdose verschlossen. Inhalt: Ein „ganz schreckliches und verwakkeltes Foto" vom einfallsreichen Alexander. BIS



Alexander Maassen freut sich: Filialleiter Erich Kühl schenkt ihm Lollies für den Teekessel. (Foto: Marwitzky)

A.M. (re) im weißen Kittel! (die Red.)

... und empfehlen deshalb weiterhin ihm oder seiner public relations-Abteilung seine pressereife Aktion auch in einer bundesweiten Zeitschrift zu publizieren. In der renommierten "Titanic" findet sich beispielsweise eine "Rangliste der 10 peinlichsten Persönlichkeiten des Monats". Wir räumen Dir, lieber Alexander, gute Chancen ein und drücken Dir ganz, ganz fest die Däumchen. Weiter so!

Was wir über Franz-Jose[f] wissen!

Geboren wurde er am 6.9.15 in München als Sohn des Metzgermeisters Franz-Josef Strauß und seiner Frau Walburga. Auf Empfehlung des Theologen Prof. Zellinger, bei dem er ministriert hatte, kam er an die bayr. Eliteschule Maximilianeum. Vor den Augen seiner gut betuchten Mitschüler bestand er durch herrausragende Leistungen. Unter der beschützenden Handseines Befürworters Zellinger machte er 1935 das beste bayr. Abitur und bekam ein Hochschulstipendium. Obwohl er in einer Zeit studierte, in der die NAZIs ihr wahres Gesicht zeigten, war Strauß politisch nicht engagiert, Vom Anfang des Krieges an wurde er erst an der Westfront, dann an der Ostfront eingestzt. Aus Stalingrad wurde er wegen Erfrierungen ausgeflogen und kam dann zur Luftwaffen-Flak-Schule in Altenstadt bei Schongau. Bis zum Kriegsende war er als Oberleutnant "Offizier für wehrgeistige Führung "mit der Aufgabe, NS-Gedankengut einprägsam zu vermitteln. Die Auswahl von geeigneten Kandidaten für diesen Posten erforderte nach den Richtlinien der NSDAP "bedingungslose, kämpferische, fanatische Nationalsozialisten". Außerdem war er vorher schon Mitglied im nationalsozialistischen Studentenbund (ein Muß für jeden Stipendiaten) und zusätzlich weltanschaulicher Referent im NS-Krafttahrerkorps, wofür einwandfrei zuverlässige, weltanschaulich gefestigte Nationalsozialisten ausgewählt wurden. Sein bisher nicht in Frage gestelltes NS-Gedankengut änderte sich in den letzten Wochen vor Kriegsende, so daß er sich selbst (gefälschte) Entlassungspapiere ausstellte. Der Schwindel flog zwar auf, aber er kam um eine Kriegsgefangenschaft herum. Seine guten Englischkenntnisse waren Grundlage für gute Beziehungen zu den amerikanischen Besatzern, wo er als Dolmetscher schon bald eine Schlüsselrolle einnahm. Noch 1945 war der ehemalige Nazi-Offizier geschäftsführender Vorsitzender des Spruchausschusses des Vollzugsorgans der ~~der~~ Besatzer, welches "Persilscheine " für Nazi-Vergangenheiten ausstellte.

Im Herbst 1945 war er Gründungsmitglied der CSU, von 45-49 erst stellvertretender, dann 2x gewählter Landrat. 1946 kam er in den Landesvorstand der CSU und hatte einen Platz im Fraktionsvorstand der CDU/CSU. Nachdem die Bayernpartei ausgeschaltet war, hatte die CSU nach der 2. Bundeatagswahl 1953 mit 52 Abgeordneten so viel Gewicht erlangt, daß er für sich einen Ministerposten beanspruchen konnte. Er wurde Minister für Sonderaufgaben ohne Geschäftsbereich, dessen gesamter behördlicher Apparat aus Ermelinde Bauer, seiner Sekretärin, bestand. Nach einem einjährigen Zwischenspiel als Atomminister wirkte er durch Intrigen und stürzte den bisherigen Verteidigungsminister Theodor Blank und wurde selbst am 16.10.56 Verteidigungsminister.

Damit hatte 10 Jahre nach Kriegsende die BRD wieder eine Armee und diese mit Strauss einen Befürworter der atomaren Bewaffnung als obersten Dienstherrn. Strauss sollte bis 1962 Verteidigungsminister bleiben.

In diesen Zeitraum fallen alle seine großen Skandale und Affären. Als deren Höhepunkt im Herbst 62 die Spiegelaffäre, die ihn schließlich politisch unmöglich machte und ihn nach erwiesenen Lügen vor dem Parlament und Amtsmißbrauch zum Rücktritt zwang.

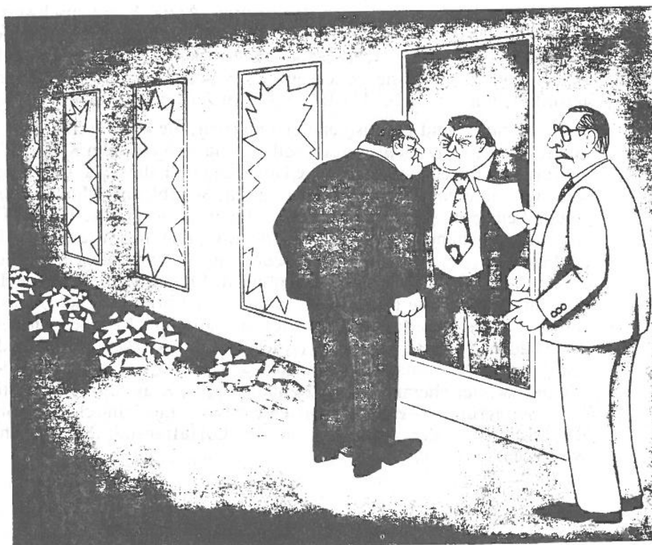
Zur Erinnerung wollen wir nochmal alle

Skandale aufzählen: Schützenpanzer HS 30 ((Verlust 2,5 Milliarden DM),1958 Ankauf des Starfighters (bisher 200 Abstürze und 10 Mill. DM Verlust),FIBAG-Affäre (skrupellose Empfehlungsschreiben für obskure Wirtschafftsunternehmen).Als inzwischen in Vergessenheit geratene Ungereimtheiten wären hier noch zu nennen die "Dr. Deeg",BMW und "Onkel Alois" Affären.Krönender Abschluß dieser Karriere ist der Spiegel-Skandal,der wohl am deutlichsten zeigt,wie Strauß mit seinen politischen Gegnern umspringt.
Jedem anderen Politiker hätte so eine Skandalserie mit unzähligen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen das Genick für alle Zukunft gebrochen.
Nicht so F.J.S.,der seine Hausmacht in Bayern hat,dort bis 66 Landesvorsitzender der CSU blieb und dann als Finanzminister in die große Koalition eintrat.Ab 1969 war sein Ministerdasein durch die Bildung der xxxxx sozial-liberalen Koalition zwangsläufig beendet.
Die folgenden Jahre war er jedoch weiterhin recht (s) aktiv.
Umgetrieben von blinder Kommunistenfurcht, pflegt der Kanzlerkandidat der Christenunion Kontakte zu den Ultrarechten und Faschisten rund um die Welt -- nicht nur mit wohlfeilen Ratschlägen,nein,sondern auch mit Geld :zur Unterstützung spanischer und portugiesischer Reaktionäre läßt FJS Hunderttausende von DM fließen.

Auch in Frankreich und Italien stärkt er den Rechten den Rücken.Ganz besonders tut er sich hervor bei der türkischen "Partei der nationalistischen Bewegung" und deren Jugendorganisation der berüchtigten "Grauen Wölfe".Diese bekennen sich ausdrüklich zu Hitler und Mussolini als ihre geistigen Väter.

Wie allen bekannt ist,hat er auch beste Kontakte zum Pinochet-Regime in Chile. Ohne Scheu lobte FJS 1977 die blutige Diktatur:"Ich habr keinen Zweifel,daß Chile ein demokratisches und freies Land ist undvor allem,weil es in den vergangenen vier Jahren fundamentale Prinzipien der deutschen Demokratie übernommen hat:die Disziplin,den Respekt und die Hilfsbereitschaft.Sorgen sie dafür,daß die Freiheit in ihrem Lande erhalten bleibt.Arbeiten sie daran,daß Disziplin ,Fleiß,Opferbereiteschaft und Gemeinschaftssinn ein blühendes Land Chile schaffen,in dem jeder Bürger mit Stolz sagen kann: Ich bin ein freier Chilene! ".
Seine Innenpolitischen Aktivitäten in Richtung CDU konzentierten sich auf die gezielte Demontage der jeweiligen Kanzlerkandidaten.An wen hat er wohl jedesmal als Alternative gedacht ?!
Wer weitere Informationen haben will, besorge es sich,---äähh?!.

Zitat:
"Wer mich daran hindert, Kanzler zu werden, den erschlage ich mit einer Weißwurst"
(sinngemäß)


»Wir probieren es noch einmal: ›Ich bin ein besonnener Staatsmann und habe mich jederzeit voll unter Kontrolle!‹«

Abschaffung aller Hochsicherheitstrakts

Seit dem 5. März sind die gefangenen Frauen der RAF, Christine Kuby, Inga Hochstein, Anerose Reiche und die Gefangenen Brigitte Asdonk, die nach einem Hunger- und Durststreik wegen Lebensgefahr ins Krankenhaus-Süd und danach ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verlegt worden waren, wieder in den Toten Trakt der Anstalt Lauerhof untergebracht.

Am 24. 1. 79 waren sie in den Hungerstreik getreten, um scih gegen Überfälle wie am 28. 11.79 und am 23. 1. 80 zu wehren. Am 23. 1. 8o sollten die 5 Frauen wieder einmal in andere Zellen innerhalb des Trakts verlegt werden. Als sie sich weigerten sich zu entkleiden fielen ca 20 männliche und weibliche Schließer über sie her, schlugen sie und rissen ihnen die Kleider vom Leib. eEs wurden sämtliche Arbeitsmaterialien beschlagnahmt und die Frauen wurden 5 Stunden lang ohne ärztliche Versorgung in ihren Zellen liegengelassen. Als Begründung sagte die Sicherheitsinspektorin des Traktes Frau Hensch:,,das kennen sie doch von 77.''

Noch am 5. 3. 80, dem Tag der Rückverlegung in den Lübecker Trakt, wurde den Frauen ein 7-Punkte-Plan von der Kieler Landesregierung vorgelegt.

1. Ziel der Vollzugsplanung ist es die Gefangenen in den allgemeinen Vollzug einzugliedern, soweit dem nicht unüberwindliche, in der Person der jeweiligen Gefangenen liegende Hindernisse entgegenstehen.

2. Die Gefangenen werden zunächst in Haus C untergebracht

3. Die Gefangenen Eckes und Reiche sollen mit ihrem Einverständnis nach einer Übergangszeit von etwa 2 Monaten in den allgemeinen Vollzug (HausE) verlegt werden. Die Verlegung der Gefangenen Asdonk, Hochstein und Kuby in das Haus E wird zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden.

4. Der Vollzug in Haus C wird im Sinne eines Wohngruppenvollzuges in der Weise nach innen geöffnet, daß die Hafträume tagüber von 8.00 - 18.00 Uhr geöffnet bleiben und eine erweiterte Nutzung des Hofes (z.B. für Sport) ermöglicht wird. In diesem Zeitraum wird auch Gelegenheit zu gmeinschaftlichem Fernsehen geboten.

5. Das Haus C soll in der Weise in den allgemeinen Vollzug einbezogen werden, daß dort Gefangene untergebracht werden können, für die besondere Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich sind.

6. Weitere Einzelheiten der Vollzugsgestaltung, z.B. Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen der Anstalt, Tragen eigener Kleidung, notwendige Maßnahmen zur Vorbereitung der Entlassung, werden nach besonderer Erörterung mit den Gefangenen geregelt.

7. Diese Planung setzt die Bereitschaft der Gefangenen voraus, zu einer erfolgreichen Durchführung beizutragen.

Dieser Plan enthält aber nur eine einzige deutliche Hafterleichterung: Die Zellen innerhalb des Traktes sind von 8.00 bis 18.00 h geöffnet. Dennoch werten wir diese Verbesserung als einen kleinen Erfolg des Widerstandes der Frauen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt, als ein unmittelbares Ergebnis ihres Hunger- und Durststreikes und der zunehmenden Proteste in der Öffentlichkeit. So hatten Professoren, Ärzte, Krankenschwestern und Studenten der MHL sowie viele andere Lübecker Bürger in verschiedenen Schreiben an den Justizminister ihre Bedenken gegen den Hochsicherheitstrakt zum Ausdruck gebracht und eine Besichtigung des Sondertrakts im Gefängnis Lauerhof gefordert, um sich selbst ein Bild von den Zuständen machen zu können:

,,Die Frauen und genauso alle Gefangenen, die künftig in diesem Teil des Gefängnisses untergebracht werden sollen, sind also aus dem Kreislauf des Gefängnislebens ausgeschlossen... Diese Isolierung und alles, was damit verbunden ist, wie unter anderem geräuschisolierte Zellen, Sichtblenden, Fliegendraht, Mattglas an den Fenstern, Besuchsreduzierung, Trennscheibe bei Besuchen (Verhinderung von körperlichem und emotionellem Kontakt) nennt amnesty international ,,Weiße Folter''. Wir halten die Bedingungen, unter denen die Gefangenen in diesem Teil des Gefängnisses leben müssen, für geeignet, sie durch die völlige soziale und sensorische Deprivation in extremer Form zu depersonalisieren und zu desorientieren, daß dadurch die Vitalsubstanz, der Kernbereich des Menschen, geschwächt bzw. zerstört wird.'' (zitiert aus einem offenen Brief an den Justizminister am 6.2.8o) Außerdem wendeten sich inzwischen gegen die Hochsicherheitstrakte u.a. der ehemalige Justizsenator Ulrich Klug, die Humanistische Union, die ,,Ärztegruppe Westberlin für eine bessere medizinische Versorgung in den Haftanstalten'', der Anstaltsbeirat der U-Haftanstalt Moabit und die GEW Westberlin.

Der 7-Punkte-Plan ein Erfolg im Kampf gegen die Hochsicherheitstrakte. ? ?

Bei dem jetzt vom Justizminister vorgelegten 7-Punkte-Plan bleibt allerdings fragwürdig, ob die versprochenen Hafterleichterungen tatsächlich realisiert werden und an welche Bedingungen sie geknüpft sind. Erinnert sei nur daran, daß bereits während des Aufenthaltes der Frauen im Lübecker Krankenhaus vom Sprecher des Justizministeriums Begemann den Frauen und deren Anwälten zugesichert wurde:

1. Die Frauen kommen nicht wieder in den Toten Trakt nach Lübeck.
2. Die Frauen werden vorübergehend nach Hamburg verlegt.
3. Über den endgültigen Aufenthalt wird innerhalb der nächsten 2 Wochen verhandelt.

An diese Versprechen fühlen sich die Verantwortlichen scheinbar nicht mehr gebunden.

Der nun vorgelegte 7-Punkte-Plan läßt eine willkürliche Interpretation und Anwendung seitens der Anstaltsleitung bzw. höherer verantwortlicher Stellen ohne weiteres zu. Was versteht der Justizminister unter möglichen „unüberwindlichen in der Person der jeweiligen Gefangenen liegenden Hindernissen", die einer Integration in den Normalvollzug entgegenstehen könnten (siehe Pkt. 1)? Wann und anhand welcher Kriterien soll „zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden", ob auch die Gefangenen Brigitte Asdonk, Inga Hochstein und Christine Kuby in den „allgemeinen Vollzug (Haus E) verlegt werden" (siehe Pkt. 3)? Weshalb ist überhaupt eine Aufspaltung der Gefangenen geplant, die zu einer noch schlimmeren Kleingruppenisolation – von dann nur drei Frauen – führen könnte? „Diese Planung setzt die Bereitschaft der Gefangenen voraus, zu einer erfolgreichen, mit dem GEsetz in Einklang stehenden Durchführung beizutragen." (Pkt. 7)

Noch deutlicher äußerte sich kürzlich Wolfgang Freise, stellvertretender Leiter der Gnaden- und Vollzugsabteilung im Justizministerium, anläßlich einer Trakt-Besichtigung durch mehrere Pressevertreter: „Der Vollzug kann Lockerungen nur gestatten, wenn zu erwarten ist, daß die Gefangenen bei den Maßnahmen *positiv* mitwirken." (zitiert nach „LN" vom 21.2.80)

Wir halten diese Gummi-Formulierungen für absolut unannehmbar, da sie jeder willkürlichen Interpretation Tor und Tür öffnen. Welche „Bereitschaft" der Gefangenen ist gemeint? Sollen sie z.B. nicht mehr gegen das Vorhandensein der Trennscheibe bei Knastbesuchen protestieren dürfen? Falls sie doch protestieren: Signalisieren sie damit „mangelnde Bereitschaft" zur „erfolgreichen Durchführung" des 7-Punkte-Programms?

Zerstörung der Identität der Gefangenen?

Auf der anderen Seite wird mit der versprochenen stufenweisen Integration in den „Normalvollzug" aber zugegeben, daß entgegen allen Beteuerungen von notwendiger Sicherheit keineswegs ein sachlicher Zwang zur Inhaftierung in einem Hochsicherheitstrakt besteht. Plötzlich erscheint selbst der Landesregierung ein „Normalvollzug" möglich. Warum dann überhaupt Hochsicherheitstrakte mit ihrem komplexen Überwachungssystem?

So wurde in Hamburg vor ca. 10 Tagen der Hochsicherheitsbereich mit einem sogenannte normalen Gefangenen belegt, dem vorgeworfen wird, einen Spitzel im Hamburger Gefängnis getötet zu haben. Einem Zweiten wurde die Verlegung in den Toten Trakt angedroht, wenn er weiterhin die Arbeit verweigere, eine unserer Meinung nach legitime Widerstandsform bei einem Tageslohn von DM 6,00. Der Westberliner Prof. Rasch hat wiederholt auf die physisch und psychisch schädigenden Auswirkungen der Isolationshaft hingewiesen: Konzentrationsstörungen, hochgradige Unruhe, emotionale Labilität, Reizbarkeit und halluzinatorische Phänomene, Schlafstörungen, Depressionen und vorverlagerter Alterungsprozeß. Nach einer Begehung des Hochsicherheitstraktes in Westberlin äußerte er, durch diesen „unmenschlicher Apparat" sei in keiner Weise eine interaktionsfähige Gruppe möglich.

Aus diesen Gründen sehen wir in den Hochsicherheitstrakten und der Isolationshaft Mittel zur ,,Weißen Folter". ai Schreibt in dem Bericht ,,Psychologie der Folter", warum Regierende zu solchen ,,Techniken" greifen:
,,Die Psychofolter ist gerade jetzt ,,im Kommen", wo die Menschenrechtsbewegung erste Erfolge erzielt. Nachdem nämlich manchen Staaten Foltervorwürfe unangenehm geworden sind, weil sie außenpolitische Imageverluste zur Folge hatten, vollzog sich ein Wandel der Folterpraktiken... Das wichtigste Ziel psychologischer Foltertechniken ist, jene Spuren zu vermeiden, die durch körperliche Folter oft genug hinterlassen werden und die als Beweise für die Folterung dienen können. Ärztliche Untersuchungen – beispielsweise im Auftrag von ai vorgenommen – sollen möglichst wenig Chancen haben, den objektiven Nachweis physischer Mißhandlungen zu erbringen. Dies geschieht, um das Opfer willfährig zu machen, Informationen zu erpressen oder ganz einfach sein systemkonträres Einstellungssystem zu zerstören."

Die Schleswig-holsteinische Landesregierung reagierte offiziell auf Proteste und die Forderung nach der Begehung des Traktes durch fachlich qualifizierte Personen nicht. Stattdessen ließ sie in Lübeck nur eine Besichtigung des Traktes durch inkompetente Pressevertreter arrangieren, die prompt ,,keine unmenschlichen Haftbedingungen" (LN 21.2.80) entdecken konnten. Ist der 7-Punkte-Plan nun eine Wende in der Haltung der Landesregierung? Man muß genau hinsehen, um über die versprochenen Hafterleichterungen den Hasenfuß nicht zu übersehen: ,,Das Haus C (Toter Trakt) soll in der Weise in den allgemeinen Vollzug einbezogen werden, daß dort Gefangene untergebracht werden können, für die besondere Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich sind." (Pkt. 5) Im Zusammenhang mit Pkt. 3 deutet sich somit die Möglichkeit an, daß ein Teil der 5 Frauen in den Normalvollzug integriert werden kann, während die übrigen zusammen mit anderen Gefangenen im Hochsicherheitstrakt bleiben, was auf eine Aufspaltung der ohnehin schon kleinen Gruppe hinausliefe. Der Tote Trakt bleibt also trotz Proteste und 7-Punkte-Plan erhalten, ohne daß alle technisch vorgegebenen Möglichkeiten zur Isolierung der Gefangenen angewandt werden. Solange der Trakt aber erhalten bleibt, bedeutet das die Möglichkeit einer ständigen Belegung – auch durch nicht-politisch-motivierte Gefangene. Umso leichter fiele es den Verantwortlichen, unter entsprechenden Vorwänden alle Sicherheitsvorkehrungen im ständig belegten Trakt wieder anzuwenden, gar wieder in die bekannte Gangart des ,,Knastes im Knast" mit allen Schikanen zurückzufallen. Das können wir nicht hinnehmen!

Proletaaaarier aller Läänder...!!

Ruf und Echo
Gerhard Seyfried





Buchbesprechung

Humangenetik, von Jan Dieter Murken und Hartwig Cleve (mit 111 Prüfungsfr agen), Enke Verlag 1979, 2. Auflage, DM 19,8o.
Das Buch Humangenetik aus der Enke Reihe zur AO liegt in 2.,um 7o Seiten erweiterten,Auflage vor. Der Aufbau entspricht dem der ersten Auflage, im Wesentlichen in Anlehnung an den Gegenstandskatalog. Inhaltlich deckt das Buch den GK voll ab. Zur Vorbereitung auf den 1.Teil des Staatsexamens ist das Buch ausreichend, obwohl auf 161 Seiten nur ein Überblick über die Probleme der Klinischen Genetik gegeben werden kann.

Zum Thema Arbeitsmedizin:

Gefahrenzone Betrieb

-- Jährlich passieren in der BRD etwa 2 Millionen Arbeitsunfälle ...

-- alle 16 Sekunden ein leichter, alle 8 Minuten ein schwerer, alle 2 Stunden ein tödlicher ...

-- nur di e Hälfte der Bevölkerung erreicht arbeitend das Rentenalter, jährlich scheiden 3oo ooo Menschen durch Invalidität oder Tod aus dem Arbeitsleben aus.

Diese nüchternen Zahlen werden von Ernst Klee, Sozialpädagoge und freier Journalist, aufgegriffen und in seinem Buch

Gefahrenzone Betrieb, Fischer TB 19[illegible]
175 Seiten, DM [illegible],8o

analysiert.
Begriffe wie Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Frühinvalidität werden nicht nur arbeitsmedizinisch definiert, Klee versucht auch am Beispiel einzelner Biografien von Arbeitern zu schildern, was es für die Betroffenen und deren Familien bedeutet einen Arbeitsunfall zu erleiden oder in fortgeschrittenem Alter arbeitslos zu sein. Der Leser erfährt wie schwer es in der Praxis ist, eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt zu bekommen.
So wurde beispielsweise in einem Urteil des Bundessozialgerichtes festgestellt, daß Hilfsarbeiter keine Berufskrankheit erleiden können, denn die Tätigkeit eines Hilfsarbeiters stelle keine berufliche Beschäftigung dar. Mit derartig fadenscheinigen Begründungen werden Renten abgelehnt und müssen Lohneinbußen in Kauf genommen werden.
Das Buch von Ernst Klee zeigt wichtige Aspekte der Arbeitsmedizin auf, die in Lehrbüchern für dieses Fach nicht in dieser Form zu finden sind. So wird darauf eingegangen, wie z.B. die MAK Werte (höchstzulässige Schadstoffkonzentrationen am Arbeitsplatz) festgelegt werden, aber auch die Problematik aufgezeigt, in der sich ein Werksarzt befindet, der einerseits eine Vertrauensperson für die abhängig Beschäftigten sein soll und andererseits vom Unternehmer bezahlt wird.

Gedanken zu einer neuen Frauenzeitung

Erotik und Umbruch
Zeitung zur Sexualität
Herausgegeben von der Sexualitäsgruppe
im Frauenzentrum Aachen
erhältlich am Büchertisch,in der
Alternative,Pressezentrum oder
bestellbar

Es hat eine Weile gedauert, bis ich mich entschloß, am AStA-Büchertisch diese Frauenzeitung zu kaufen.Eigentlich hatte ich schon längere Zeit geglaubt, daß es in meiner jetzigen Situation genügte,mich mit Fachliteratur und Tagespolitik zu beschäftigen und bezüglich der Frauenfrage mich aus dem heraus, was ich früher schon gelesen und erlebt hatte, nun ohne neues Lesen verhalten zu können und auch argumentieren zu können.
Durch das Lesen der Zeitung ist mir klar geworden, daß ich ganz schön auf der Stelle getreten bin.
In der täglichen Routine und Hast geht vieles wieder unter, was einem schon längst mal bewußt geworden ist und vor allem wird einem daran deutlich, daß es manchmal leichter sein kann, etwas theoretisch zu verstehen als es dann auch in die Tat umzusetzen.
Letztlich entscheidend ist aber doch nur dasjenige, was man in die Tat umsetzen konnte.
Das positive an dieser Zeitung ist,daß ich mich beim Lesen zunächst einmal nur gefühlsmäßig betroffen fühlte und genau das hatte ich in letzter Zeit vernachlässigt.
Ich war dazu übergegabgen, mich arbeits - mäßig- d.h. fachlich und politisch- derart zu überlasten, daß Gefühle haben und Gefühle zeigen sehr schwer geworden war.Ich hatte mich angepaßt an den männlichen Arbeitsstil und an das Dogma, mich ja nicht mehr von Männern ob ihrer fachlichen oder politischen "Überlegenheit" einschüchtern zu lassen.
Tatsächlich habe ich mich mehr einschüchtern lassen als ich es jemals von mir geglaubt hätte.Ich hatte mir immer vorgenommen, daß man als Frau in der Hochschule und der Politik so arbeiten können muß, daß die sogenannten"weiblichen" Eigenschaften, d.h. für mich die Nächstenliebe auch in Gefühlen auszudrücken, nicht unterdrückt werden.
Durch das Lesen der Frauenzeitung ist mir klar geworden, daß ich es nicht geschafft hatte und nun wieder neu anfangen muß zu lernen, wie ich als Frau in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation <u>Mensch</u> sein kann- mir ist klar geworden, daß ich darum kämpfen muß und immer wieder Denkanstöße brauche, um von diesem Kampf nicht abzulassen.
Genau deshalb sind Erfahrungsberichte von anderen Frauen für mich so wichtig.
Ich habe nicht mehr das Gefühl allein zu sein, hier oder da sind viele andere,die so denken wie ich und die vielleicht ähnliche Probleme haben oder ähnliches Glück empfinden.
Unter der herkömmlichen Sexualität leiden offensichtlich fast alle Frauen, jede auf ihre eigene Art und wir brauchen lange- fast zu lange, um eine eigenständige, zu uns persönlich passende Sexualität zu entwickeln.
Gerade aber diese Entwicklung kann gar nicht getrennt werden von der Entwicklunng der eigenen Persönlichkeit, d.h. Unterdrückung muß in allen Bereichen abgelegt werden, d.h. als Frau muß ich wohl gleichzeitig gegen alle Unterdrückungsformen kämpfen,weil letztlich auch die Unterdrückung der eigenen Sexulaliät nur eine Spielart der Unterdrückung der Frau ist.Und noch viel mehr -letztlich muß ich wohl sagen, daß die Unterdrückung in unserer Gesellschaft derartig immanent ist, daß sie sich überall wiederfindet- Frauen,Arme,Kinder,Sozial oder intellek - tuell Schwache,Kranke-



und was noch viel schlimmer ist, ich muß einsehen, daß ich ständig andere auch unterdrücke. Indem Maße, indem ich selber lerne, andere nicht zu unterdrücken, kann ich auch das Recht erwerben, gegen meine eigene Unterdrückung Schritte zu unternehmen.
Vielleicht kann man nicht immer mit jemandem über diese Themen sprechen und deshalb ist es ja so wichtig, über die Erfahrungen anderer Frauen zu lesen, und zu fühlen, daß sie über sich an uns und für uns sprechen- das gibt ein ganz schön fiefes Gefühl der Solidarität und Geborgenheit, ja, sogar Kraft, von dem Kampf nicht abzulassen, denn dieser Kampf gegen die Unterdrückung des Menschen ist letztlich wohl unser lebenslanger, für den wir uns den Rücken und auch den der nach uns folgenden stärken müssen. Jede und jeder von uns wird sich einen Weg für sich selber suchen, der seiner individuellen Kraft angemessen ist.



Rainer Maria Rilke
(Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen)

Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen,
die sich über die Dinge ziehn.
Ich werde den letzten vielleicht nicht vollbringen,
aber versuchen will ich ihn.

Ich kreise um Gott, um den uralten Turm,
und ich kreise jahrtausendelang;
und ich weiß noch nicht : bin ich ein Falke, ein Sturm
oder ein großer Gesang.

Es mag der eine oder der andere dieses Gedicht vielleicht als zu melancholisch empfinden, als zu wenig die Faust erhebend- aber gerade die 3. und die 4. Zeile sagen mir, worauf es ankommt, nicht den Mond sofort herunterholen wollen und verzagen, wenn es morgen nicht geschafft ist, sondern ganz zäh und beständig am Ball bleiben, ein Leben lang.
Vielleicht sagen auch die letzten beiden Zeilen, daß ich selber-und vor allem die anderen-verschiedene Arten haben kann, den Kampf aufzunehmen, mal als Falke, mal als Sturm oder Gesang.
Wer mich jetzt gern nur als Frauenrechtlerin sehen möchte, dem will ich nur gelassen zurufen, er möge sich fragen, warum er das Thema gerne von sich abschieben will und er möge lesen, daß es um die Unterdrückung insgesamt geht und das letztlich jede Form der Unterdrückung wohl weggearbeitet werden muß. Wer sich als Mann an irgendeiner Stelle für Unterdrückte einsetzt, sollte sich damit bewußt machen, daß auch die spezifische Unterdrückung der Frau sowie die des Mannes damit zu seinem Thema wird.



"Es ist schwer, eine Identität zu finden in einer Zwangswelt, die nur die Identitäten "Frau" oder "Mann" anbietet und zuläßt, wenn man "Mann" nicht sein will und "Frau" nicht sein kann.
Es wird aber nichts anderes übrigbleiben, als diese Zwangswelt aufzubrechen und am Ende abzuschaffen."

Zitat aus: Männersachen, Verständigungstexte von Männern, edition suhrkamp 717
Es lohnt sich durchaus für jeden, diese Texte von Männern zu lesen.

♀ ♂



Zur Lösung des Problems sind u. E. unabdingbar:

– Abschaffung jeglicher Bezahlung für Blut- und Plasmaspende – nur so läßt sich verhindern, daß arme, schlechternährte oder suchtkranke Menschen zum „Spenden" kommen (Spenderschutz) und daß Vorerkrankungen verschwiegen werden (Empfängerschutz).

– Autarkie jeden einzelnen Landes, d. h. kein Im- und Export von Blut, Plasma und Plasmaprodukten. Gleichzeitig jedoch Hilfestellung der entwickelten Länder für die in Entwicklung befindlichen Länder beim Aufbau eines freiwilligen, nationalen Blutspendewesens.

– Eine nationale Blutpolitik in jedem einzelnen Land, d. h. ein Entwicklungsplan über Bedarf, vorhandene und erschließbare Ressourcen, mögliche Träger; kontrollierte Preise. Bei der Frage der Träger sollten auch ungewohnte Möglichkeiten diskutiert werden: Angesichts der zu großen Teilen reaktionären Politik des Roten Kreuzes, das jedoch unbestritten die beste Infrastruktur auf dem Gebiet des Blutspendewesens hat, gäbe es vielleicht auch bessere, alternative Lösungen: eine Einrichtung der Krankenkassen? neuzugründende staatliche Stellen? kommunale Einrichtungen? Verbundsysteme?

– Keinerlei Verschwendung von Blutprodukten angesichts der begrenzten Ressourcen des „Rohstoffs".
Hierzu ist u. a. eine verbesserte Aus- und Fortbildung des medizinischen Personals, verbindliche Richtlinien für die Anwendung der Produkte und der Ausschluß jeglichen finanziellen Anreizes für ihren Einsatz vonnöten.

Nur so wird es möglich sein, den „Vampirismus" der Plasmafirmen, der heutzutage wesentlich schwerer nachzuweisen ist als noch vor fünf Jahren, da er sich viel mehr kaschiert durch Legalität vollzieht, einzudämmen und zu verhindern, daß Ausbeutung zur wörtlichen körperlichen Aussaugung der Ärmsten unserer Welt wird.

Dagmar Müller

INDOCUMENTADOS

Seit Anfang des Jahrhunderts wandern Mexikaner in die USA aus; wellenförmig schwankt der Umfang; in den letzten Jahren sind es 800 000 bis 1 Mio. pro Jahr.
In Zeiten der Hochkonjunktur willkommenes Arbeitskräftepotential (anfangs beim Eisenbahnbau, jetzt überwiegend in der Landwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe), wurden die Mexikaner in Zeiten der Krise massiv deportiert (so Anfang der Dreißiger-Jahre z. B.). Auch jetzt versucht eine interessierte „veröffentlichte Meinung" den Mexikanern die Schuld für die Arbeitslosigkeit in den USA zuzuschieben. Analog dem Ruf „Ausländer raus" bei uns sind dort rassistische Tendenzen, die in der „Überfremdung" eine „schleichende Rückeroberung" der einst annektierten Provinzen Texas, Californien, New Mexiko und Arizona sehen, am Erstarken.
Ihnen zuzuschreiben ist auch eine erhebliche Zunahme der Aktivitäten der „Border Police", die seit Beginn des Jahres täglich circa doppelt so viele illegal eingewanderte Mexikaner (die Zahlen schwanken zwischen 1 200 und 7 000 pro Tag (9)) abschiebt wie zuvor. Viele nehmen das kritiklos als Beweis für zunehmende Einwanderung seit der Peso-Abwertung im Januar, Kenner der Lage sehen darin lediglich eben eine Folge der Verdoppelung der Polizeikräfte (10).

Was Prof. Uthgenannt mit dem internationalen Bluthandel zu tun hat

Wie aus dem Krankenhaus Süd bekannt wurde , setzt sich der berühmt-berüchtigte Rönt - genologe und CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Uthgenannt seit einiger Zeit vehement für eine Privatisierung der Blutbank ein . Es heißt , daß er sich von den einzelnen Stationen die Anzahl der monatlichen Blut - gruppenbestimmungen und Derivatbestellungen zusammenstellen läßt , um Anhaltszahlen für interessierte private Träger zu be - kommen .

Nach der geplanten Privatisierung des Zentrallabors ist dies ein weiterer Be - reich , den Uthgenannt in 'preisgünsti - gere' private Hände überstellen will .

Welche Konsequenzen hat eine Privati - sierung der Blutbank ?

- Bereits bei der Diskussion um das Zentrallabor ist von verschiedenen Seiten auf die Unverantwortlichkeit hingewiesen worden , mit der ein (weiterer ... siehe Pharmaindustrie !) Teil der öffentlichen Gesundheitsversorgung privater Profi - tabilität unterworfen würde . Langfristig würde das Dienstleistungsangebot des La - bors zusammenschrumpfen auf die Teile , an denen der private Träger am besten und am meisten verdient .
- Daneben wurde bereits damals auf die Folgen privater Rationalisierung hinge - wiesen , mit der nicht nur Arbeitsplätze sondern auch Wissen und Erfahrung vernichtet würde .

All dies gilt in gleichem Maße auch für eine Privatisierung der Blutbank . Die Konse - quenzen einer Privatisierung wären allerdings noch wesentlich bedenklicher :

Während einerseits mit dem Wegfall von kosten- und personalintensiven Spezial - untersuchungen zu rechnen ist (wie etwa HLA-Typisierungen) , wird andrerseits die Tür aufgemacht zur privaten Vermarktung von menschlichen Organteilen : Nicht mehr der vom DRK bez. der MHL-Blutbank relativ scharf umgrenzte Kreis von Spendern würde diesem (privaten) Institut zu Blut-derivaten verhelfen , sondern der interna-tionale Bluthandel , in dem z.Zt. wegen erbitterter Kämpfe um Marktanteile das Plasma zu Niedrigstpreisen verkauft wird . 'Niedrigstpreise' aber um einen sehr hohen Preis : Denn die privaten Händler betreiben global eine Ausbeutung der Ärmsten , von. denen also , die das Plasma und die darin enthaltenen Eiweißstoffe am dringendsten benötigen . Für wenige Dollars spenden - wie der folgende Artikel zeigt - zum Bei - spiel mexikanische Slumbewohner mehrmals im Monat Blut . Rücksichtslos wird von diesen privaten Bluthändlern die soziale Notsituation der Armen in der 3.Welt , aber auch in den Großstädten Europas und der USA ausgenutzt .

Aus diesem Grund empfahl schon 1973 der Europarat allen seinen Mitgliedern , den Blutspendedienst zu entkommerzialisieren .

Wenn ein CDU-'Gesundheits'Politiker 1983 eine Re-Kommerzialisierung des Bluthandels unterstützt (unter dem Mäntelchen der Kostenersparnis), dann ist das ein Skandal.
Es zeigt, mit welcher Menschenfeindlichkeit humane Entwicklungsansätze der letzten Jahre zurückgeschraubt werden zu Gunsten einer Wende zum puren kapitalistischen Kosten-Nutzen-Denken, im Gesundheitswesen und auch anderswo ...

AO-Novelle

ES GIBT NICHTS GUTES...

Man könne den Ärzten, die '33 in den NS-Ärztebund eingetreten seien, keinen Vorwurf machen, sagt Fassl; die sahen nur die Bedrohung von der Gegenseite und ham's nicht besser gewusst.-
Selbst wenn's so wär-wie können wir verhindern lernen, dass man uns nicht irgendwann mal KEINEN VORWURF MACHEN KANN? Wie, dass wir Reparaturbetrieb werden für die Kriegs + Friedensfront mit festem 'Gesundheits'-Plansoll, oder: mit intensivmedizinischem Sportsgeist an der Würde der Alten und Sterbenden vorbeibasteln, oder: unsere therapeutischen Anregungen aus dem Angebot d. Pharmaindustrie schöpfen?
Eine der Quittungen für unser, wenn überhaupt, RE- AGIEREN bei der Gestaltung des Studiums nehmen wir gerade in Empfang: AO-'Novelle'...höchste Zeit, neben dem guten Widerstand die Ausarbeitung eines eigenen Konzeptes nicht zu vergessen, gegenüber der anmassenden Kompetenz all der Gruppierungen, die seit Einführung der AO hauptsächlich de-formieren, unsere eigene Kritikfähigkeit und Kreativität auszunutzen.
Also: die Vielfalt der Interessen und Erscheinungen, in denen wir uns bewegen, ganzheitlich zu sehen und zu beurteilen, die vernetzten Bezüge von Körper-, Seelen- und Gesellschaftseinflüssen EMPFINDEN und ANALYSIEREN lernen- geht sicher nur, indem wir in diese Sichtweise einwachsen, den Lernzielklumpen selber mitgestalten, und aufmerksam machen/halten und mit Saft und Einflussnahme die Praxis vom 'WESEN GESUNDHEIT' durchdringen, + zwar vom ersten Tag an.
Man müsste hier nicht mal mehr alle Fehler einer Reform selber machen; es gibt verwirklichte Modelle, auf deren Erfahrung man zurückgreifen kann, in Holland, in Amerika, in Herdecke: Praxisbezug von Anfang an, kleine selbständige Tutorengruppen, lernen des vorklinischen Schweinkrams an klinischen Bildern, Aneignung von Medizin durch Selbermachen- 'Basisarbeit'; während dort Veränderung, Verbesserung zum Programm gehört, hören z.B. hier in der UB die Publikationen zur Studienreform in der Zeit der MC-Prüfungs-Gleichschaltung auf...
Vielleicht können wir ja. Vielleicht sollten wir. 1 Vorschlag wäre, sich mal zu einer Studienreform- AG zu treffen, das Erbe früherer Gruppen zu diesem Thema zu sichten; z.B. am ~~7.12.~~ 14 um 18:00 im AStA?

...AUSSER MAN TUT ES.



Büchertisch

Es hat sich niemand gefunden, der den Büchertisch so wie bisher weitermachen will. Deshalb wird er aufgelöst, ein Ausverkauf am Mittwoch, d. 7.12.83 in der Mensa von 13.30 an veranstaltet. Freitag, d.9.12. von 12.00-14.00 und Montag, d.12.12. von 12.00-14.00 ist Auszahlung. Die nicht verkauften Bücher werden an ihre Besitzer zurückgegeben. Für die Zukunft ist ein Büchermarkt immer zu Beginn des Semesters geplant.

Neuer (?) Zulassungskrampf

Da reiben sich die politischen Geister schon seit sechs oder acht Jahren an einem ausgekochten Windei deutscher Hochschulbildung: der Sache, wie man der abertausenden Studierwilligen zum gelobten Land der Medizin auf eine dem westdeutschen Fakultätentag, der deutschen Ärzteschaft im allgemeinen und dem Hartmannbund im Speziellen genehme Art und Weise Herr zu gewerden denkt.

Nun soll ja nicht ganz die Notwendigkeit dieser "Herrschaft" - was anderes ist es, wenn man tausenden junger Menschen die Berufschancen klaut? - in Frage gestellt werden. In Zeiten anhaltender und heftiger konjunktureller Gewitter, die schon mal so zwei, drei Millionen Arbeitslose mit sich bringen, herrscht in jedem halbwegs akzeptablen Beruf ein heilloser Andrang. Egal, ob nun Gärtner, Elektrohandwerk, Erzieher(in), Restaurator oder eben die Medizin.

Eine andere Sache ist nun aber schon, wie man diesen Prozeß der Auslese gestaltet. Und da gab und gibt es einige Tatsachen, die den Politikern die Sache so unangenehm macht:

1. Der Arzt ist ein Monopolberuf, d.h. es ist nicht möglich, arztähnliche Tätigkeiten ohne den staatlich verordneten Schleimpfad durch eine zur Approbation führende sechsjährige (selektive) Tätigkeit zu erlangen.

2. Die Ausbildung - logo - ist deshalb zentral geregelt und (wichtig und nicht unbedingt einleuchtend) die Zulassung zu dieser Ausbildung ebenso. Nämlich in einem für 22 Mio. DM erstellten Bunker namens ZVS.

3. Ist der Medizinberuf nicht mit einmigen Rosinen wie Prestige, Ein- und Auskommen (meimstens beides) und relativ guter Chance, nach durchlaufenem Studium einen Job zu ergattern, gespickt? Ja - Und das macht die Sache besonders delikat. Während nämlich sogenannte linke Kräfte fordern, wenigstens diese Rosinen zu entschärfen, in dem man das Einkommen drastisch senkt und einfach mehr Leute in den Laden läßt, gilt das den tragenden politischen Kräften oder besser gesagt Schwachköpfen als allzu subversiv.

Und so beschränkt man sich denn darauf, diese Daumenschraube der Zulassung zum Medizinstudium möglichst "human" zu gestalten.

Was machen Politiker in einer solchen Situation?

Klar, sie finden eine Übergangsregelung!
Und so hat es denn auch sollen sein. 1980 wurde ein vorläufig endgültiges Provisorium geschaffen, mit drei Jahren Laufzeit zunächst.

Inzwischen dürften die meisten nach dieser Nicht-Endlösung ihren Studienplatz an dieser tollen Uni zu verdanken haben, für die älteren vielleicht trotzdem ein paar Details: Seit drei Jahren also läuft ein heilloses Durcheinander von diversen Quoten durch diese Hochschule, daß einem beinahe Angst und Bange wird um die vielbeschworene Einheit des Arztberufs. 10% nur noch erreichen per Abidurchschnitt direkt ihren Studienplatz, zur Zeit 30% werden leitsungs(das heißt wieder abitur)gewichtet ausgelost, 30% werden ausgetestet mit dem TMS (keine transmedizinale Meditation für Studienanfänger!), wovon 10% derer wieder direkt ohne Abi, die restlichen 90% mit Einbeziehung des Abiturs zugelassen wurden.

25% letztlich werden als Vorabquote an Ausländer und andere Leutchen vergeben, die ihr Abitur nicht in der BRD oder sonst unter irgendwelchen Benachteiligungen gemacht haben.

Stöhn! Kein Wunder, daß so ein Kompromiß selbst eingefleischten Bürokraten zu kompliziert erscheint. Und da Bürgernähe zur Zeit "in" ist, treffen sich unsere Herren und eine Frau aus Berlin am grünen Tisch und denken nach, was nun zu tun sei.

Was beschließen unsere Repräsentanten nach zähem Ringen? Nicht schwer zu erraten: sie verlängern erst einmal dieses Provisorium, weil ihnen das Thema im Moment dann doch zu brisant sei. Aber sie machen noch mehr: nämlich ein Papier.

Und da aus manchem Papier schon schnell ein Gesetz geworden ist, lohnt es sich dann doch, zu gucken, was die Kultusministerkonferenz Ende Juni da in Kiel verbraten hat.

Was viele, Ärzteverbände - auch Teile der progressiveren Ärzteschaft - gefordert hatten, nämlich ein halbjähriges Praktikum vor dem Studium, kam erstmal vom Tisch. Dabei war das einer der wenigen Vorschläge, für die auch große Teile der Studenten ihre Unterstützung zusagten. Wer fühlt sich schon wohl in der Rolle, frisch nach dem Abi, ohne jede Praxis mit dem Studium konfrontiert - bzw. wer "gönnte", wer selbst lange pflegerisch arbeitete, jenen nicht oft eine gehörige Portion Stationsalltag?

Ein Vorschlag, der, gemessen am politischen Schaden, den er anrichtete, sicherlich der am wenigsten schlechte gewesen wäre. Zudem solche Vorpraktika schon in sehr vielen sozialpädagogischen oder technischen Studiengängen fest etabliert sind, und niemand sie wieder abschaffen will.

Aber das erschien unsern Volksvertretern dann doch ein zu gewagter Schritt...

Stattdessen wird nun die Testquote verdoppelt - auf 55%. Sicherlich nicht unproblematisch, wenn man den Politmachern ihre eigenen Argumente vor Augen hält: Erstens ähneln die Testergebnisse doch sehr dem Abi und zweitens sind die wissenschaftlichen Auswertungen, Vergleich mit Physikumsergebnissen und so, noch gar nicht auf dem Tisch.

Ich persönlich habe den Test mitgeschrieben und mich denn nachher oft gefragt, was denn so manches, was man da bekreuzeln muß, eigentlich mit Medizin zu tun hat. Nur, verglichen mit dem Abitur, finde ich es doch noch ein wenig gerechter (wenn man schon nach objektiven Kriterien vergeben will) als das Abitur. Zuviele Ungerechtigkeiten verbunden mit zweijährigem Klausurterror zumindest in den Leistungskursen summieren sich manchmal zu argen Benachteiligungen. Doppelt faul deshalb meiner Meinung nach die viel zu hohe Abitursgewichtung mit über 50%: sie läßt nur einen Schluß zu: man will den Streß keineswegs von der Schule nehmen, und den zusätzlichen durch das jahrelange Warten auf den Test noch dazu haben.
Und das ganze nennt man dann Leistungsmotivation.

Schön! Und weil man im Diskutieren von Parteifreund zu Parteifreund so schön festgestellt hatte, daß es unserer Jugend vor allem an der richtigen Motivation fehle, schuf man auch gleich was ganz tierisch neues:

Die Motivationsquote!

30% gönnt man ihr als Startkapital, und das ganze soll dann so aussehen: Man trifft sich an einer Dir zugewiesenen Uni zum Tee zu zwei Profs, die sich je eine dreiviertel Stunde Zeit nehmen, und dann kriegst du als Delinquent eine Zahl. Meinetwegen die 1 für "stark motiviert, belastungsfähig, intellektuell flexibel und sicher in der Argumentation". Oder die 5 für "deutlich interessiert, aufgeweckt, jedoch wenig Selbstkritik und schwaches Allgemeinprofil." Oder du kriegst eine 7, etwa für "übertrieben politisierte Berufsmotivation, wenig Vertrauen in die herrschende Medizin, aber gute naturwissenschaftliche Vorkenntnisse".
Last not least gefällt einem deine Krawatte nicht und er schreibt:"10,unreifer Gesamteindruck mit verwaschener Berufsmotivation, kaum eigenes Gedankengut etc.".

Das wird also die Motivationsquote. Aber halt! Die Sozialdemokraten saßen ja auch noch am Tisch. Und die wollten ja, naturgemäß den Gewerkschaften ein wenig näherstehend, für ihre Kundschaft auch was nach Hause bringen. Und weil die Gewerkschaft nun mal meint, daß Arbeiterkinder am glücklichsten mit einem Losverfahren wären, wollten unsere Sozialdemokraten eben eine Loskomponente.

Na, was lag da näher als eine leistungsgesteuerte Loskomponente als Element einer 30% Motivationsquote..!!

Ihr wundert euch nicht, nein, denn das genau haben die Brüder "da oben" beschlossen. Sind das nicht bessere Zeiten ?



Jetzt auch Lübeck Stadt des Schweins!



Wie viele "Alternativen" kam auch diese aus Berlin. Vor fünf Jahren wurde dort ein Verein gegründet, der zumindest ansatzweise den chronischen Geldmangel und damit die wirtschaftliche Basis vieler "alternativer" Projekte in der Anfangs- und Aufbauphase beheben wollte.
Gleichzeitig wollte man den vielen an diesen Projekten interessierten Leuten aus etablierten Berufen durch Zahlung von Spenden und Beiträgen die Möglichkeit geben, ihre Sympathie auch in konkrete Unterstützung umzusetzen.
Seitdem sind ca. 7000 Leute Mitglied im "Netzwerk Selbsthilfe e.V." - Symbol das rasende Wild-Spar-Schwein - geworden, die verfügbare Summe beträgt jährlich rund 1,2 Millionen Mark. Die Hälfte der Netzwerk-Mitglieder ist in autonomen Netzwerken in Westdeutschland organisiert.

Wie sehen nun die Projekte aus, die von Netzwerk Geld oder andere Unterstützung erhalten?
Die Arbeitsplätze müssen nach einem Modell der Selbstverwaltung und - bestimmung organisiert sein, persönlicher Profit eines Unternehmers auf Kosten einiger Arbeiter ist nicht drin.
Die Arbeit an einer "besseeren" sozialen Umwelt, wie sie durch Frauenhäuser, Gesundheitsläden, kulturelle Iniativen und Stadtteilarbeit zum Beispiel geleistet wird, entspricht ebenfalls Netzwerk- Kriterien.
Die finanzielle Förderung besteht aus Darlehen oder Zuschüssen, die von einem Beirat, in dem sowohl Projekte als auch Mitglieder vertreten sind , vertelit werden.
Beispiele für geförderte Projekte sind unter anderen das Zweite

Frauenhaus Berlin, Ausbildungswerk Bremen, Biobäckerei Backstern, die TAZ, Politrockgruppe Teller-Bunte - Knete.

Seit Sommer diesen Jahres hat nun endlich auch Lübck "sein" Netzwerk. Ungefähr 2 Jahre dauerten die Diskussionen und Vorbereitungen, bis man sich entschloß einer Netzwerk-Initiative durch die Gründung eines eingetragenen Vereins ein offizielles Gesicht zu geben, dem "Netzwerk Selbsthilfe Lübeck e.V.", und in die konkrete Knotenknüpferei einzusteigen.

Da die Mitgliederzahl durchaus noch wachsen sollte, sind die zur Verfügung stehenden Mittel natürlich eher bescheiden, eine Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Hamburg, das die Projekte und Mitglieder im hiesigen Raum bisher betreute, ermöglicht aber aauch ab und zu mal ei ne finanzielle Förderung.

Umsomehr steht die Vernetzungsarbeit im Vordergrund.

So können Betriebe oder Projekte, die Mitglied im Netzwerk sind, sich zum Beispiel beraten lassen wie sie die Anfagngsschwerigkeiten am besten in den Griff kriegen, Körnerläden werden mit Biobauern zusammengebracht, Adressen von Lebensmittelkoops weitergegeben, Leute mit ähnlichen Ideen und Plänen zusammengebracht.

Ein weiteres Thema, das zur Zeit stark diskutiert wird, ist die Bildung von "kleinen Netzen", das heißt Unterstützung von Nachbarschafts-Selbsthilfe, Stadtteilarbeit.

Das Netzwerk Lübeck findet man in der Lachswehrallee 1b , Leute zum Kontakten und informieren jeden Donnerstag von 15.00 bis 19.00 dortselbst.



50

T.ATER

Prof.:...auch auf diese feine färberische Weise unterscheiden könnte,vorausgesetzt, dass sie gleich alt sind,mit Kandis ernährt,täglich 1/2 Std. mit einem kleinen Puma gespielt und bei einer Temperatur von 37,36° in den Abendstunden zweimal spontan Stuhlgang gelassen haben.

...

Rönne:...Kindersterben und jede Art Verrecken gehört ins Dasein wie der Winter ins Jahr.Banalisieren wir das Leben nicht.

...

T.ATER

Stud.:...Woher nehmen Sie den Mut,die Jugend in eine Wissenschaft einzuführen... Weil es zufällig Ihrer Klabusterbeere von Gehirn genügt,in der Zeit,in der Sie sich nicht fortpflanzen,Statistik über Kotsteine zu betreiben?...

Aus:Gottfried Benn,Ithaka. 1914

Hat jemand Lust,dies(11 Seiten) oder ein ähnlich kurzes Stück zurechtzudoktern? Erstmal nur so,aus Spielbock,vielleicht auch,wenn es zeitlich und was den Rest angeht (man müsste halt alles selbermachen incl. Raum besorgen...)möglich ist,live.

Ludger oder Uta,04509/2159.Beide 1.klin..

1 Liste liegt im Aschta.Vorhang.-

Der nächste Artikel wurde uns freundlicherweise von der Antifa-Gruppe, die in der Alternativen arbeitet, zur Verfügung gestellt.

Da wir dieses Thema für sehr wichtig ansehen (siehe auch unsere letzten Ausgaben), werden wir uns bemühen, weitere Artikel von dieser Gruppe zu erhalten. Diese sollen dann noch genauer auf die Situation in Lübeck, sowie die innere Struktur der einzelnen Neonazis - Gruppen eingehen.

Nie wieder Faschismus!

Neo-Nazis in Lübeck

Man kann es allwöchentlich in der hiesigen Presse lesen oder schon auch mal auf Deutschlands meistgelesener Klorolle (Zitat "Bild" zu den Auseinandersetzungen des Altstadtfestes: "Bei Punkerkrawallen 1oo Festnahmen").

In der Presse werden Vorfälle völlig sinnentstellt (Zitat LN: "Punker wollen Alternative stürmen") oder als Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendbanden ausgelegt. Ist man direkt betroffen oder setzt man sich damit auseinander, sieht das alles ganz anders aus.

Schon vor ein paar Jahren gab es des öfteren Ärger mit faschistisch angehauchten Jugendlichen aus dem VfB Lübeck - Fan - Club. Diese versuchten des öfteren, die Alternative, ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, zu stürmen.
Das konnte durch geschlossenes Auftreten von Antifaschisten verhindert werden.

Aus dem Dunstkreis des VfB-Fan'Clubs entwickelte sich nach und nach eine zur jetzigen Zeit etwa 6o Mann starke Skinheadschlägertruppe.

Diese haben meistens kurzgeschorene Haare, grüne Bomberjacken mit Aufnähern wie "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" oder dem Reichsadler, hochgekrempelte Jeans, herunterhängende Hosenträger und Knobelbecher.

Ihr Aussehen haben sie inzwischen auf Grund des öffentlichen Druckes durch teilweise "zivile" Kleidung verändert.
Diese Truppe zeichnet sich verantwortlich für die verschiedensten Aktionen:

- Schmieren von Ausländerfeindlichen Parolen,
- Verteilen von Flugblättern mit rassistschen Inhalten, gemeinsam mit Kühnen's ANS,
- Dutzende von Angriffen auf die Alternative,
- Zusammenschlagen von Linken, Punks, Schwulen etc.

Um die Brutalität dieser Überfälle und deren genauen Planung aufzuzeigen, werden wir an dieser Stelle einen von hundert schildern:

Vier junge Leute parken vor der Alternativen, um noch einmal rein zu schauen.

Plötzlich rennen an die 2o Skinheads auf das Auto zu, schlagen mit Eisenstangen die Scheiben ein, schießen Leuchtkugeln und Tränengas in das Wageninnere.

Nach 2 Minuten ist die Aktion beendet. Zurück bleiben 4 Leute, die keine große Lust mehr verspüren, aus dem Haus zu gehen, eine Frau mit Schädelverletzung, ein Auto mit Totalschaden.

Fast alle Nazis sind mit Gaspistolen, Leuchtkugeln, Schlagstöcken etc. ausgerüstet Sie wohnen meistens in den Betongettos Buntekuh, Moisling, Vorwerk.
Ihre Treffpunkte sind bei Fußballspielen die Lohmühle, die Diskothek Victoria, die faschistische Kneipe Kachelofen oder der ZOB.

Die Polizei hält es nicht für nötig, was gegen die Nazis zu machen.
Sie läßt, wie beim Altstadtfest, die Nazis an sich vorbei zur Alternativen ziehen.
Man merkt ihnen ihre klammheimliche Freude an, wenn Punks oder Linke zusammengeschlagen werden, denn das besorgen sie ja sonst.

Im Namen von
Ruhe und Ordnung
geschah und geschieht so Manches
was sich als
Faschismus
entpuppt.

Welche Frauen haben Lust, mehr über den Faschismus gestern und heute rauszukriegen????
Wir wollen eine Antifaschistische Frauengruppe gründen mit folgendem Konzept:

Theorie →	..... →	Praxis
Was war gestern?	Was ist heute?	Tätlich werden!

Wer Lust hat, mitzumachen, bitte melden bei
Gertrud (0451/863105)o. Antje (04509/8135).

Auch die Justiz ist um keinen Deut besser: zwei Prozesse gegen Faschos wegen Körperverletzung gingen mit Freispruch aus.

Der einzige, der uns helfen kann, sind wir, gemeint bist auch d., verehrter Leser. Was bis jetzt gelaufen ist, sind verschiedene Aktionen von den verschiedensten Leuten: Demonstrationen gegen den AEV (Arbeitskreis Eurpäischer Völker, Sitz Ratzeburg), gegen NPD - Parteitage (NPD, AEV, ANS, Bund Heimattreuer Jugend bleiben an dieser Stelle kaum erwähnt, das würde noch ein paar Seiten füllen), Flugblätter, Veranstaltungen, Parolen wurden gesprüht, im Zusammenhang mit dem Fußballänderspiel gegen die Türkei in Berlin gingen Autos der Neonazis kaputt, um diese an der Fahrt nach Berlin zu hindern. In der Alternative wird bei Angriffen aktive Selbstverteidigung praktiziert.

Was jeder machen kann, ist Informationen oder Geschehnisse an uns heranzutragen oder bei uns mitzuarbeiten.

Wir, das ist das Antifa - Bündnis Lübeck, treffen uns jeden Dienstag in der Alternative, Hüxstr. 69, um 19.3o Uhr.

Da im Zusammenhang mit Faschisten - Aktionen viele Leute von uns verhaftet wurden und nicht wissen, wie man sich dann verhält, haben wir u.a. Informationen, wie man gegenüber Polizei und Justiz die Nerven behält.

ALDIs Studentenpreise oder Wer bezahlt's ?

Die meisten Leute denken nicht darüber nach, wie ALDI bei seinen Dauerniedrigpreisen nicht nur überlebt, sondern noch dicke Gewinne einstreichen kann.

Billige Aufmachung der Läden, Verzicht auf Frischwaren, auf 400 Artikel begrenztes Sortiment,woraus niedrige Lagerkosten resultieren, und saftige Rabatte bei den Herstellern erklären das Phänomen nur zum Teil.

Unverborgen bleiben den Besuchern dagegen eine Personalpolitik, die an die Zustände im 19.JH erinnert und die Fortschritte der „sozialen" Marktwirtschaft verhöhnt (die Wende läßt grüßen?!):

Rund zwei Drittel der 20000 Arbeitskräfte sind Teilzeitkräfte. Viele von ihnen sitzen zu Hause auf Abruf - gratis natürlich: Erst wenn Not an der Frau ist, werden sie zum Einräumen oder Kassieren abgerufen. Ob das ein Zufall ist, daß gerade Frauen sich solche beschissenen Zustände bieten lassen müssen?

Außerdem achten die Albrechts auch darauf, daß ihre Leute möglichst eine bestimmte Anzahl von Stunden nicht überschreiten, damit sie unter den Einkommensgrenzen für Sozialabgaben bleiben. Es gibt keine Betriebsrenten. Auszubildende werden nicht beschäftigt.

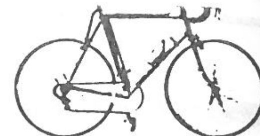
Möglich ist ein solcher 'tarifverachternder Saustall nur, weil sich die Albrechts durch die rechtliche Zergliederung (Vater Staat macht's möglich) die Mitbestimmung vom Leib halten konnten und können.

Folgendes Beispiel belegt die Lukrativität dieser Unternehmensführung:
Während andere Lebensmittelfilialisten von 100 DM Umsatz etwa 7 bis 9 DM für die Beschäftigten abzweigt, sind es bei ALDI nach Schätzung der Gewerkschaft HBV nur rund 5 DM.
Bei einem Gesamtumsatz von 12 Mrd.DM (!) pro Jahr macht der Unterschied immerhin 240 Millionen DM aus!

Hier wird deutlich, was die von den Unternehmern und CDU - Politikern geforderte flexible Arbeitszeit und Teilzeitarbeit bedeutet:
Umsatzsteigerungen auf Kosten des Personals, saftige Gewinne für die Unternehmen, die Arbeitskraft wird noch mehr zur Ware, die Würde (der Frau) bleibt endgültig auf der Strecke.

(Quellen: Gewerkschaft HBV, Frankfurter Rundschau vom 21.7.1983)

FAHRRADLADEN



HUBERT KORTE & PETER SCHUG

Braunstr. 38

2400 Lübeck

0451-705863

DAS INDIVIDUALFAHRRAD NACH MASS ! ! !

Der Traum von jedem der aus Leidenschaft Fahrrad fährt.
Es gibt heute sicherlich eine ganze Menge renommierte Fahrradhersteller,die gute Fahrräder bauen.
Doch werden Eure ganz speziellen Wünsche nur selten voll befriedigt.Ein solches Fahrrad würde weder Euch noch uns vollkommen zufriedenstellen.
Das muß nicht so sein !
Wir sind der Meinung,daß ein Fahrrad besser gestaltet werden kann,um den individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden.
Dazu gehören die Abstimmung von Rahmen und Lenker auf Eure speziellen Körpermaße ebenso,wie der persönliche Gebrauchswert des Fahrrades.
Unser Anspruch:
Hohe Qualität und eine unbegrenzte Ausbaufähigkeit vom Touring-Rad bis zum Racing-Modell zu überraschend günstigen Preisen.
Unsere Leistung:
Wir bieten Euch zwei verschiedene Alternativen,den Traum vom Individualfahrrad zu verwirklichen:

1. Ein Markenfahrrad,daß Euren Idealvorstellungen nahe kommt,individuell umzurüsten.
2. Für ganz kompromißlose Zeitgenossen die Möglichkeit, anhand unserer Spezifikationsliste Eure Wünsche zusammenzustellen und so aus Einzelteilen entweder im Bausatz oder fertig montiert Euer Traumrad zu finden.

Dabei steht eine fachkundige Beratung ebenso im Vordergrund wie eine große Palette von qualitativ hochwertigen Teilen zu günstigen Preisen.
Unser besonderer Service: Gratisinspektion nach Einfahrzeit!!!

Schluß mit faulen Kompromißen beim Fahrradkauf -
der Weg in die Braunstr. 38 lohnt sich!!!!





Werter Leser, geschätzte Leserin,

Wir legen größten Wert darauf, engen Kontakt mit Ihnen zu pflegen. Damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben, möchte sich die Redaktion Ihnen vorstellen:
Andreas mit dem güldnen Haar findet Fußball wunderbar! Er ist echter Solinger und macht viel politische Arbeit.
Hanno - sein Name ist rar, eine Frau ihn in Lübeck gebar. Nun ist er groß im Drucken, dagegen druckst er nie.
Thomas, ein Rechenass, hat nun auch am Schreiben Spaß. Wir wünschen ihm viel Erfolg!
Matthias - ich bedaure sehr, sein Porträt fällt mir noch schwer. Er ist ein neues Talent.
Ich, Kirsten bin für viel Blödsinn.
Und nun zu guter Letzt: Da sind Ulrike und Kind, die bisher nicht vorgestellt sind!
Doch o Wehen, Ulrike überlegt zu gehen!
Ulrike soll bleiben!!

Das klingt ja so, als ob wir eine geschlossene Gesellschaft oder kluckende Clique wären! Sind wir überhaupt nicht! Wir freuen uns, wenn Du Lust hast, mitzumachen. Den Termin für unsere nächste Redaktionssitzung erfährst Du im ASTA-Raum, in der Mensa-Baracke.

Für Leseunkundige:







Die „Gyn" im Wandel der Zeit



Von der Rheinischen Friedrich - Wilhelms - Universität Bonn erging ein Ruf an Prof. Dr. med. Dieter K r e bs, Direktor der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe I der Medizinischen Hochschule Lübeck.

Diese Nachricht fanden wir in den Hausmitteilungen der MHL. Sie wäre bestimmt untergegangen wie so vieles oder besser gesagt, erst dann richtig bemerkt worden, wenn Herr Krebs die MHL verlassen hätte.

Die SpriPu - Redaktion hat sich aber etwas näher mit der Sache beschäftigt.

Und dies nicht nur deswegen, weil unser Konkurrenzblatt von der Springer Presse "Hör zu" noch vor einigen Wochen einen groß aufgemachten Artikel zur Geburt des ersten Retorten - Zwillings abgedruckt hat.

Nein, es interessierte uns auch, was dahinter steckt, welche Beweggründe die Bonner für diesen Ruf an Herrn Krebs hatten.

Die Gynäkologie an der MHL hüllte sich in Schweigen. Auskünfte wurden nicht erteilt. Dagegen verhielten sich unsere Bonner Kollegen der Rheinischen Universität viel kooperativer.
Es wurde kein Geheimnis daraus gemacht, daß die Forschung im Bereich der Retorten - Babies von Herrn Krebs der Hauptgrund, ja der einzige Grund für die Berufung war.
Gerade jetzt ein Jahr nach der Wende durch die Regierungsparteien CDU/CSU/FDP wäre solch ein Mann in Bonn genau richtig, hieß es aus den Kliniken.

Warum?

Im Rahmen der neuen Familienpolitik der Bundesregierung (Frau zurück an den Herd, die Familie als Grundeinheit des demokratischen Staates, die Familie als Ersatz für staatliche Sozialleistungen; mehr Kinder, da Deutschland (West) sonst ausstirbt) wäre ein Retorten-Baby-Forscher genau richtig. Und dieser Mann soll auch direkt in der Machtmetropole der BRD ansässig sein.

Mit glänzenden Augen wurde uns berichtet, welche rosige Zukunft die deutsche Familie wieder haben wird, wenn Herr Krebs ein Retortenbaby nach dem anderen produzieren würde.
Die deutsche Familie, ja ganz Deutschland wäre gerettet! Die Geburtenzahlen würden endlich wieder steigen.

Nur als Gerücht aus Bonn wurde uns mitgeteilt, daß es im Bundestag, sowie unter den dort wohnenden Diplomaten eine starke Lobby für die Berufung von Herrn Krebs gegeben hätte. Grund: Wegen dem starken politischen Stress der Berufspolitiker wäre das Retortenbaby eine Möglichkeit, den ehelichen oder auch außerehelichen Geschlechtsverkehr, der ja nun mal Zeit und Muße kostet und vom Hauptgeschäft, gute und fundierte Politik zu betreiben, ablenkt, ins Reagenzglas zu verlagern.
Ein Punkt weniger würde die Politiker vom Dienst am Volke abhalten.

Desweiteren kann man sich gut vorstellen, daß Bonn eine Zentrale der Völkerverständigung und der -zusammenarbeit werden könnte.
Ja, man stelle sich nur mal vor: der sowjetische Botschafter mit der Frau des amerikanischen Botschafters; die südafrikanische Botschafterin mit dem Vertreter des Kongos...

Realistische Zukunftsträume sind dabei, die Stationierung von neuen Atomwaffen wäre völlig unnötig, da auf dieser Ebene zur Freundschaft und zum Verständnis untereinander beigetragen wurde.

Eine Woche vor Redaktionsschluß erreichte uns nun folgende erschütternde Nachricht:
Herr Krebs erhält ebenfalls einen Ruf nach Hamburg, den Kliniken Eppendorf.

Es war vorher schon öffentlich bekannt, daß Herr Krebs auf diesen Ruf gewartet, ihn herbeigesehnt hat. Er hat aus diesem Grunde die Bonner auch hingehalten.

Aus welchen Gründen er Hamburg vorzieht, ist uns unbekannt. Vielleicht liegt es tatsächlich daran, daß Hamburg ein SPD regiertes Bundesland ist und Herr Krebs aus politischen Gründen diesen Ruf vorzieht.
Bestätigt wurde uns dagegen, daß es für Eppendorf mitentscheidend war, daß Herr Lehmann, der als zweiter Mann mit nach Hamburg gehen wird, nun schon bald zehn Jahre seiner früheren SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Rudi Dutschke war sein bekanntester Vertreter) Ideologie abgeschworen hat.



So konnten die Hamburger die Mitgliedschaft, ja die Führungsposition von Herrn Lehmann im SDS als Jugendsünde abtun, die Regelanfrage fiel unter den Tisch.

Wir wünschen Herrn Krebs und seinem Stab in Hamburg eine gut und auch glückliche Forschung und Arbeit.

Diesen Satz wird Herr Oberheuser, zweiter Prof in der Gyn an der MHL, der nun endlich auf einen Kollegen wartet, mit dem auch er mal gut zusammenarbeiten kann, voll unterstreichen und -stützen.

...sche filmtage in lübeck 25.nor...

Die Provinz ist erwacht:
vermeintlich lässig
bietet sie zum 25. Male ein überregionales kulturelles Ereignis an:
die Nordischen Filmtage.
Ohne Zweifel ein interessantes und über Lübecks Stadtgrenzen hinaus bekanntes Filmfestival.
Die Bevölkerung hat hier Gelegenheit, die heile Marzipanwelt zu verlassen und Denkanstöße von außen zu empfangen.
Gerade die Filme aus den skandinavischen Ländern weichen von den sonst üblichen amerikanischen kommerziellen Konsumfilmen ab und lassen eine starke Betroffenheit und mögliche Auseinandersetzung zu.
Sie zeigen u.a. die gesellschaftlichen Schwächen auf, lassen Punker zu, zeigen brutale und ehrgeizige Kommunalpolitiker, klagen Erziehungstechniken an und weisen auf Konsumterror hin.
Was passiert?:
Die Institution Stadt droht die Filmtage nicht mehr durchzuführen, da ihr der Kostenaufwand zu hoch ist.
Mir ist eine Summe von DM 60.000,- für diese 4 Tage geballter Information und Meinungsbildung bekannt.
Vergleichsweise möchte ich gerne wissen, wie teuer die Installierung der PANZERsperren auf verschiedenen Brücken in Lübeck gewesen ist. Aber diese dienen ja auch der Verteidigung und das Filmfestival nur zur
"Zwischenmenschlichen Verständigung".
Au, Backe!

Bezeichnend für diesen ganzen Hintergrund und unsere Zeit war der finnische Märchenfilm KÖNIG OHNE HERZ nach einem Märchen von Mika Waltari. Ein Film, den man mit "nach Hause" hätte nehmen können.
Ein König trennt sich von seinem Herzen, weil er das Leiden und die Traurigkeit nicht mehr ertragen kann.
Schlagartig regiert nur noch das Geld, das große Sparschwein! Zerstreuungen sind nicht mehr erlaubt; alle müssen nur noch an eines denken: Wie bekommt die Staatskasse mehr Geld.
Die Komposition von Bildern und Dialogen verzauberte. Denn der König bekommt auf recht abenteuerliche Art und Weise sein Herz wieder und Gefühle werden wieder legal.
Entgegen der Meinung der LN hätte ich diesem Film eine größere Beachtung gewünscht.
Die anderen Filme zeigen neuzeitlichen Alltag, mal gut, mal porös verpackt.
Nach außen hin eben eine herzlose Gesellschaft, in der wir noch leben.

filmtage 25.nordische filmtage in